

## Grenzen rationalistischer Erklärungen für Krieg: der Kollaps des Waffenstillstands in Kroatien 1995

Gromes, Thorsten

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gromes, T. (2018). *Grenzen rationalistischer Erklärungen für Krieg: der Kollaps des Waffenstillstands in Kroatien 1995*. (PRIF Reports, 12). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59495-8>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

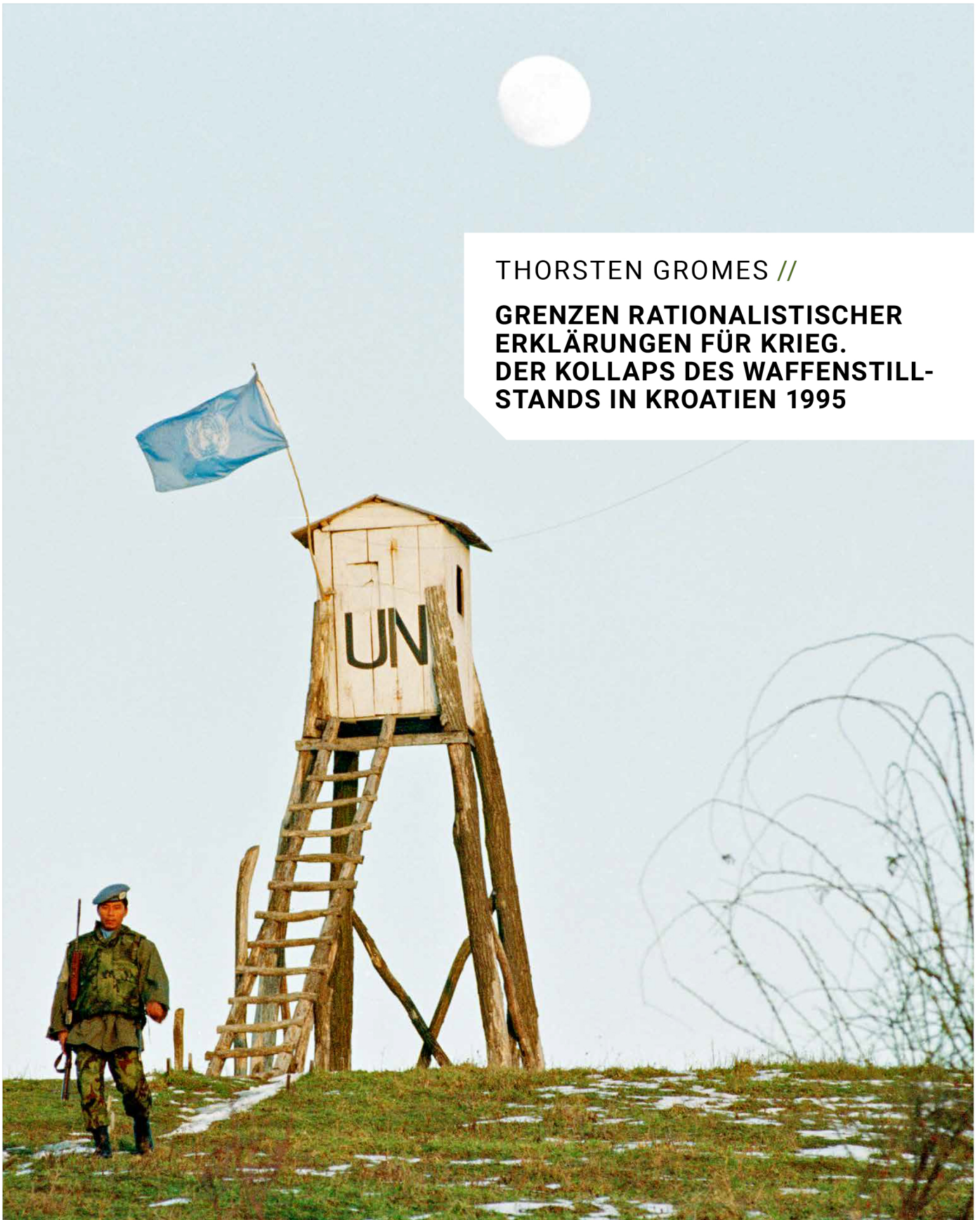
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

THORSTEN GROMES //

**GRENZEN RATIONALISTISCHER  
ERKLÄRUNGEN FÜR KRIEG.  
DER KOLLAPS DES WAFFENSTILL-  
STANDS IN KROATIEN 1995**



PRIF Report 12/2018

## **GRENZEN RATIONALISTISCHER ERKLÄRUNGEN FÜR KRIEG**

DER KOLLAPS DES WAFFENSTILLSTANDS IN  
KROATIEN 1995

THORSTEN GROMES //

*Der Autor dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung des Projekts „Einseitig oder ausgewogen: Welche Nachkriegsordnung wahrt den innerstaatlichen Frieden?“ (GR 3357/2-1, GR 3357/2-2), in dessen Rahmen dieser Report entstanden ist.*

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)  
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

**Coverbild:**

A United Nations Protection Force (UNPROFOR) observation post in Sector West of Croatia.  
01. January 1994.

© UN Photo/Jihad El Hassan; Foto 100483 ; <https://bit.ly/2xOTnlv>

**Textlizenz:**

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).  
Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



**Adresse:**

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)  
Baseler Straße 27–31  
60329 Frankfurt am Main  
Telefon: +49 69 95 91 04-0  
E-Mail: [gromes@hsfk.de](mailto:gromes@hsfk.de)  
<https://www.hsfk.de>

**ISBN: 978-3-946459-40-8**

Dieser Report handelt von Geschehnissen vor mehr als 20 Jahren. Seine aktuelle Relevanz besteht darin, dass er die Grenzen einflussreicher Theorien aufzeigt, die Konfliktparteien einen festen Blick auf die eigenen Interessen und ein umsichtiges Abwägen verschiedener Handlungsoptionen unterstellen. Diese rationalistischen Annahmen leiten viele Versuche an, die von außen auf Konfliktparteien konstruktiv einwirken wollen.

Gegenstand der Analyse ist die Weigerung von aufständischen Serben in Kroatien, 1995 über einen von internationalen Vermittlern erstellten Friedensplan zu verhandeln. 1991 hatten sie sich der Abspaltung Kroatiens von Jugoslawien gewaltsam widersetzt und die Republika Srpska Krajina ausgerufen. In diesem Fall lässt sich besonders gut einschätzen, in welchem Maß Konfliktparteien rational handeln. Das liegt zum einen an der außergewöhnlichen Quellenlage: Zahlreiche Protokolle von Debatten und Beschlüssen von Institutionen der Republika Srpska Krajina und transkribierte Aussagen vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien erlauben oft verwehrt Einblicke. Zum anderen drängt sich der Fall deshalb für eine Analyse auf, da sich das Geschehen in mehreren Etappen vollzog, die zunächst plausibel anmutende rationalistische Erklärungen für das fortgesetzte Verweigern von Verhandlungen nach und nach erschüttern.

Anfang 1995 herrschte Waffenstillstand zwischen Kroatiens Regierung und der ausgerufenen Republika Srpska Krajina. Er war im März 1994 vereinbart worden. Im Dezember 1994 hatten die Konfliktparteien ein Abkommen über die Wiedereröffnung von Verkehrswegen und wirtschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Als nächsten Schritt sahen die internationalen Vermittler Verhandlungen über den politischen Kern des Konflikts vor. Doch deren Friedensplan wollte die Führung der Republika Srpska Krajina Ende Januar 1995 nicht einmal entgegennehmen. Dieser Plan schlug eine weitreichende Autonomie von Gebieten mit serbischer Mehrheit vor, und zwar innerhalb der international anerkannten Grenzen Kroatiens. Das war weniger als das, was die aufständischen Serben forderten: den Fortbestand der Republika Srpska Krajina und deren Zusammengehen mit Rest-Jugoslawien und der ausgerufenen Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina. Die Umsetzung des Friedensplans hätte den Serben in Kroatien jedoch weit mehr geboten als das, was sie nach dem Sieg der Regierungstruppen im August 1995 erwartete.

Sich Verhandlungen über den Friedensplan zu verweigern, mochte Anfang 1995 noch verständlich erscheinen. Damals konnte sich die Führung der Republika Srpska Krajina Illusionen über das militärische Kräfteverhältnis hingeben. Das änderte sich, als Anfang Mai 1995 Regierungstruppen innerhalb weniger Tage einen erheblichen Teil der von keinem Staat anerkannten Republika Srpska Krajina eroberten. Weder standen die stationierten Blauhelme dieser Offensive im Weg, noch kamen Jugoslawien oder Truppen der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina zur Hilfe.

Obwohl sich abzeichnete, was mit dem Rest der Republika Srpska Krajina geschehen würde, weigerte sich ihre Führung fast drei weitere Monate, über den Friedensplan zu verhandeln. Die Signale aus Belgrad, im Ernstfall nicht einzugreifen, änderten daran nichts. Erst als die internationale Presse vom unmittelbar bevorstehenden Angriff der Regierungstruppen berichtete, ließen sich die rebellierenden Serben auf Gespräche ein – viel zu spät und viel zu wenig für die kroatische Regierung. Vor diesen letzten Gesprächen ließ sich die bis dahin gezeigte Verweigerungshaltung noch mit starken

ideologischen Vorbehalten gegen jeglichen Kompromiss zum Status der Serben in Kroatien erklären, mit persönlichen Interessen der maßgeblichen serbischen Politiker und Konflikten innerhalb der Republika Srpska Krajina. Die in letzter Sekunde signalisierte Verhandlungsbereitschaft widerlegt jedoch diese Erklärungen.

Stattdessen speiste sich das Ausschlagen von Verhandlungen aus mangelndem Willen oder fehlender Fähigkeit, potenzielle Folgen des eigenen Tuns jenseits von Wunschdenken zu erörtern, verschiedene Handlungsoptionen gegeneinander abzuwägen, Widersprüche im eigenen Vorgehen zu erkennen und den eingeschlagenen Kurs im Licht neuer Informationen zu überprüfen. Dieser Hintergrund der verweigerten Verhandlungen widerspricht grundlegenden rationalistischen Annahmen, was nicht heißt, dass die gesamte Politik der Republika Srpska Krajina im Gegensatz zu solchen Theorien stand. Dennoch muten im Licht der betrachteten Ereignisse diejenigen Arbeiten realitätsfremd an, die Theorien rationaler Wahl mit komplexen Formeln und weit verzweigten Entscheidungsbäumen auf die Spitze treiben.

Einige Merkmale des untersuchten Falls legen nahe, ihn nicht als unbedeutende Ausnahme von einer robusten Regel abzutun. Internationale Vermittler bemühten sich in Kroatien außergewöhnlich intensiv um den Friedensprozess und boten den Konfliktparteien so besondere Gelegenheit, im Gespräch mit Dritten die eigene Politik zu hinterfragen. Auch sorgten die Konflikte in den serbischen Reihen für Anlässe, den eingeschlagenen Kurs erklären und daher überprüfen zu müssen. Zudem lässt die formale Bildung der Protagonisten der Republika Srpska Krajina nicht auf einen überdurchschnittlichen Hang zu nicht rationalen Entscheidungen schließen.

Die Beobachtungen zum kollabierten Waffenstillstand in Kroatien werfen die Frage auf, wie externe Akteure mit Konfliktparteien umgehen sollen, deren Handeln rationalistischen Annahmen widerspricht. Ein Ansatzpunkt besteht darin, von der Konfliktpartei Erklärungen einzufordern, wie genau sie mit der verfolgten Politik die eigenen Ziele zu erreichen meint und wie alternative Optionen diesen Zielen entgegenstehen. In psychologischen Experimenten führen solche Erklärungen zu gemäßigteren politischen Positionen. Ob solche Dynamiken auch für Politiker gelten, bleibt aber fraglich. Schwierig auf die Praxis der Konfliktregelung zu übertragen sind auch Befunde, laut denen Menschen risikofreudig agieren, wenn sie sich im Bereich von Verlusten sehen. Damit zeigt der Report nicht nur die Grenzen rationalistischer Erklärungen für Krieg und Frieden. Er markiert darüber hinaus die Grenzen von Versuchen, mit nicht rational agierenden Akteuren einen Konflikt zu regeln.

1. Zur Relevanz eines 1995 gescheiterten Friedensprozesses	1
2. Krieg als Folge rationaler Entscheidung	2
3. Kroatien 1995: Ein Waffenstillstand kollabiert	4
3.1 Der Konflikt in Kroatien bis Anfang 1995	4
3.2 Z-4-Friedensplan: Entgegennahme verweigert	8
3.3 Der „Blitz“ schlägt ein	12
3.4 Unruhe vor dem „Sturm“	16
3.5 Das Ende der Republika Srpska Krajina	18
4. Die Grenzen rationalistischer Theorien und Konfliktregelung	19
4.1 Bilanz der Fallstudie	19
4.2 Zum Umgang mit nicht rational handelnden Konfliktparteien	22
Literatur	24





## 1. ZUR RELEVANZ EINES 1995 GESCHEITERTEN FRIEDENSPROZESSES<sup>1</sup>

Gerade Bürgerkriege mit ihrer Vielzahl von Akteuren und ihrem oft wechselvollen Geschehen erscheinen Außenstehenden leicht als von Unvernunft getrieben. Eine solche Diagnose als voreilige Kapitulation vor der Komplexität von Konflikten zu entlarven, ist ein Verdienst rationalistischer Erklärungen für Ausbruch, Verlauf und Beendigung innerstaatlicher Kriege. Ihnen zufolge geht ein solches Geschehen auf ineinandergreifende Entscheidungen zurück, bei denen die Konfliktparteien Kosten und Nutzen verschiedener Optionen gegeneinander abwägen. Mit diesen Einsichten konnten rationalistische Erklärungen vor allem der politikwissenschaftlichen Diskussion über Krieg und Frieden ihren Stempel aufdrücken. Viele Versuche, von außen auf einen Konflikt konstruktiv einzuwirken, setzen die Gültigkeit rationalistischer Annahmen voraus. Wer den Konfliktparteien einen festen Blick auf die eigenen Interessen und ein Abwägen verschiedener Handlungsoptionen unterstellt, darf erwarten, deren Kalküle mit weiteren Informationen und Interpretationsangeboten, Vermittlung, materiellen Anreizen oder Sanktionen gezielt beeinflussen zu können.

Dieser Report handelt von Geschehnissen, die rationalistische Annahmen und darauf aufbauende Regelungsversuche infrage stellen. Damit ist eine aktuelle Relevanz gegeben, wenn auch die betrachteten Ereignisse mehr als 20 Jahre zurückliegen. Im Jahr 1991 hatten sich viele Serben in Kroatien der Abspaltung Kroatiens von Jugoslawien gewaltsam widersetzt und in den Grenzgebieten zu Serbien sowie Bosnien und Herzegowina die Republika Srpska Krajina ausgerufen. Im Januar 1995, zu Beginn des hier untersuchten Zeitraums, herrschte Waffenstillstand zwischen dieser international nie anerkannten Republik und der Regierung Kroatiens. Kurz zuvor hatten die Konfliktparteien ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Wiedereröffnung von Verkehrswegen geschlossen. Als nächsten Schritt empfahl ein internationales Vermittlerteam Verhandlungen über den politischen Kern des Konflikts. Doch deren Friedensplan wollten die Repräsentanten der Republika Srpska Krajina Ende Januar 1995 nicht entgegennehmen. Der Plan schlug vor, Gebieten mit einer seit Langem bestehenden serbischen Mehrheit weitreichende Autonomie innerhalb Kroatiens zu gewähren. Das war weniger als das, was die rebellierenden Serben forderten: den Fortbestand ihrer Republika Srpska Krajina und deren Zusammenschluss mit Jugoslawien und der ausgerufenen Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina. Doch hätte die Umsetzung des Friedensplans den Serben weit mehr geboten als ihnen nach den erfolgreichen Offensiven der kroatischen Regierung im Mai und August 1995 blieb. Zu diesen Militärschlägen kam es auch, weil die aufständischen Serben Verhandlungen über den Friedensplan lange verweigert hatten.

Der Report geht der Frage nach, wieweit die Politik der verweigerten Verhandlungen mit rationalistischen Annahmen im Einklang stand.<sup>2</sup> Das Geschehen vollzog sich in Etappen, die nach und nach

---

1 Ich danke Magdalena Maleš, die im Rahmen eines Praktikums half, Dokumente der Republika Srpska Krajina zu sichten und auszuwerten, und eine erste Version kommentierte. Für konstruktive Kommentare danke ich Felix Bethke, Lothar Brock, Matthias Dembinski, Karin Hammer, Peter Kreuzer, Gina Schneider, Bruno Schoch und Maike Wäscher.

2 Der Report entstand im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts zum Wiederausbruch von Bürgerkriegen nach 1990. Weitere Informationen und Daten zu 48 beendeten Bürgerkriegen auf: <https://www.hsfk.de/forschung/projekt/einseitig-oder-ausgewogen-welche-nachkriegsordnung-wahrt-den-innerstaatlichen-frieden/>.

zunächst plausibel anmutende rationalistische Erklärungen für das fortgesetzte Verweigern von Verhandlungen in Zweifel ziehen. Darüber hinaus zeichnet sich der Fall durch eine hervorragende Quellenlage aus mit zahlreichen Mitschriften und transkribierten Mitschnitten von Parlamentsdebatten sowie dokumentierten Beschlüssen von anderen Institutionen der Republika Srpska Krajina, die der kroatischen Regierung bei ihrem Sieg in die Hände gefallen waren und vom Kroatischen Gedenk- und Dokumentationszentrum des Heimatkrieges<sup>3</sup> veröffentlicht wurden. Auch Aussagen vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) in Den Haag erlauben Einblicke, die gewöhnlich verwehrt bleiben.

Der Report gliedert sich wie folgt: Der Fallstudie geht ein konzeptionelles Kapitel (2) voraus, das prominente rationalistische Annahmen zur Eskalation von Konflikten und zu verweigeren Verhandlungen präsentiert. Das erste empirische Kapitel (3.1) skizziert den Kroatienkonflikt und die Ausgangslage Anfang des Jahres 1995. Daraufhin stellt es den Friedensplan vor und schildert den einstimmigen Beschluss des Parlaments der Republika Srpska Krajina, über diesen Entwurf nicht zu verhandeln (3.2). Das anschließende Kapitel legt dar, wie die aufständischen Serben auf die Eroberung eines Teils der Republika Srpska Krajina Anfang Mai 1995 reagierten (3.3). Sie tauschten ihre Regierung aus, trieben die Vereinigung mit der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina voran, attackierten die bosnische Schutzzone Bihać und weigerten sich weiterhin, über den Friedensplan zu verhandeln. Das vorletzte empirische Kapitel behandelt die plötzliche Verhandlungsbereitschaft der rebellierenden Serben, als die entscheidende Offensive der kroatischen Regierung unmittelbar bevorstand (3.4). Die Fallstudie widmet sich zuletzt dem Zusammenbruch der Republika Srpska Krajina und den Folgen für die Serben in Kroatien (3.5). Wie das Schlusskapitel (4.) bilanziert, lassen sich in den betrachteten Ereignissen einige von rationalistischen Theorien beschriebene Probleme beobachten. Doch insgesamt überwiegen Anhaltspunkte dafür, dass die Politik der verweigeren Verhandlung rationalistischen Annahmen widersprach. Des Weiteren diskutiere ich, wie verbreitet ein solches Handeln ist (4.1) und welche Optionen es gibt für den Umgang mit Konfliktparteien, deren Diskussionen und Beschlüsse nicht zu rationalistischen Theorien passen (4.2).

## 2. KRIEG ALS FOLGE RATIONALER ENTSCHEIDUNG

Die Prominenz rationalistischer Beiträge zum Studium von Krieg und Frieden lässt sich kaum überschätzen: „influential“ (Hartzell: 2017: 2), „leading“ (Blattman/Miguel 2010: 2), „dominant approach in the quantitative-empirical literature“ zur Konfliktregelung und Stabilität von Nachkriegsordnungen (Bussmann 2017: 14), urteilen Literaturberichte. Der programmatische Aufsatz *Rationalist explanations for war* von James D. Fearon (1995) zählt zu den meistzitierten Werken der Konfliktforschung.<sup>4</sup> Er nennt seine Erklärungen rationalistisch, weil sie von rationalen Akteuren ausgehen (Fearon 1995: 379, FN 1).

3 Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata: <https://centardomovinskograta.hr/djelatnost/izdavacka-djelatnost/dokumenti-republika-hrvatska-i-domovinski-rat-1990-1995/>.

4 Nach Angaben der Zeitschrift *International Organization*, die den Aufsatz publiziert hat, gab es bis zum 3. September 2018 1.072 Zitationen: s. <https://www.cambridge.org/core/journals/international-organization/most-cited>. Google Scholar zählte für den gleichen Zeitraum 3.731 Zitationen.

In einem frühen Beitrag zur Debatte versteht Geoffrey Blainey (1973: 245–249) Krieg als Ausdruck dessen, dass die Beteiligten mit Waffengewalt mehr zu erreichen meinen als mit Diplomatie. Ihre Ansicht basiere auf gegensätzlichen Einschätzungen zum Kräfteverhältnis zwischen ihnen und somit zum erwarteten Ausgang eines Krieges. Laut Fearon aber berücksichtigt diese Erklärung zu wenig, dass die Konfliktparteien miteinander kommunizieren können, um Fehlkalkulationen auszuräumen (Fearon 1995: 390). Daher geht er im besagten Aufsatz der Frage nach, was die Konfliktparteien daran hindert, die Kosten eines Krieges durch vorheriges Verhandeln zu vermeiden (Fearon 1995: 380). In solchen Gesprächen misslinge es, divergierende Erwartungen auszuräumen und damit den Krieg abzuwenden, weil die Beteiligten aufgrund strategischer Anreize exklusive Informationen über ihre Stärke und Entschlossenheit vorenthielten oder verzerrt darstellten (Fearon 1995: 395–400). Die Literatur spricht hier kurz vom „Informationsproblem“. Verhandlungen scheiterten zudem daran, dass die Konfliktparteien der anderen Seite nicht glaubhaft machen können, den aus einer etwaigen Einigung resultierenden Verpflichtungen nachzukommen. Aufgrund dieses Verpflichtungsproblems könne Krieg auch bei Einigkeit über das Kräfteverhältnis ausbrechen (Fearon 1995: 401–406).<sup>5</sup> Wie Barbara F. Walter (2002) zeigt, steht das Verpflichtungsproblem ebenfalls der Beendigung von Bürgerkriegen im Weg. Aufgrund der wichtigen Rolle von misslingenden Aushandlungsprozessen laufen Fearons Beitrag und ähnliche Arbeiten auch unter dem Stichwort *bargaining*.

Warum verweigern Konfliktparteien Verhandlungen? Auch hier verweisen einschlägige Arbeiten, die Jeffrey M. Kaplow (2016: 38–41) zusammenfasst, auf das Abwägen von Kosten und Nutzen durch die Protagonisten. Dass eine Regierung Rebellen durch Verhandlungen nicht legitimieren will, ist für die Geschehnisse in Kroatien 1995 irrelevant, verweigerten hier doch die Aufständischen Friedensgespräche. Nach einer anderen Erklärung lehnen Konfliktparteien auf Druck ihrer externen Unterstützer Verhandlungen ab. Als weitere Ursache gilt, dass eine Seite auf der anderen keinen Vertreter sieht, der eine Regelung aushandeln und umsetzen kann. Mobilisiert eine Konfliktpartei mit starken ideologischen Motiven, fürchtet sie, durch Verhandlungen ihre Basis zu verprellen. Ergänzen lässt sich, dass die Verantwortlichen Verhandlungen wegen Rivalen in den eigenen Reihen verweigern, durch die sie ihre Posten oder ihr Leben bedroht sehen (Ghosn 2010: 1058).

Die genannten Arbeiten setzen die Gültigkeit einer allgemeinen Theorie voraus, die gesellschaftliche Phänomene auf rationale Entscheidungen zurückführt. Akteure wägen erwartete Kosten, Nutzen und Eintrittswahrscheinlichkeit verschiedener Optionen gegeneinander ab und wählen die für sie beste Option. Weit gefasste Varianten dieser Theorie gehen nicht von umfassend informierten sowie stets korrekt kalkulierenden Akteuren aus, sondern von in Ressourcen und Fähigkeiten eingeschränkten Handelnden, deren unhinterfragte Deutungsrahmen und Gewohnheiten ihre Entscheidung mitprägen. Allerdings laufen diese Varianten Gefahr, rationale Entscheidungen so breit zu interpretieren, dass jegliches Handeln die Theorie bestätigt.<sup>6</sup> Deshalb gehe ich hier von strikten rationalistischen Annahmen aus, die falsifizierbar sind und besser zu den vorgestellten Kriegstheorien passen. Fearon

---

5 Als dritte rationalistische Erklärung für Krieg neben den Problemen der Information und Verpflichtung nennt Fearon (1995: 381–382) unteilbare Konfliktgegenstände. Diese dritte Erklärung hält er aber für weniger überzeugend, denn einen unteilbaren Konfliktgegenstand mit anderen zu verknüpfen, ermögliche Kompromisse.

6 Coleman/Fararo 1992; Diekmann/Voss 2004; Elster 1986; Green/Shapiro 1994; Kroneberg/Kalter 2012.

etwa betont die Rolle vorenthaltener oder verzerrter und damit unvollständiger Informationen, dennoch hebt er seinen Ansatz ausdrücklich ab von weiter gefassten Konzepten rationaler Wahl wie der *bounded rationality* (Fearon 1995: 393).

Träfen die Grundannahmen der rationalen Entscheidung zu, müsste sich Folgendes im Handeln der Führung der Republika Srpska Krajina zeigen: Sie erwog mehr als die eine Option, Verhandlungen über die politische Zukunft zu verweigern. Sie diskutierte zu erwartende Vorteile und Gefahren der Verweigerungshaltung im Vergleich zur Verhandlungsbereitschaft. Zudem kalkulierte sie mögliche Züge der kroatischen Regierung und externer Akteure mit ein. Sie begründete den Entschluss, Verhandlungen zu verweigern, als die Option mit dem höchsten zu erwartenden Nutzen.

Die Debatte darüber, warum Kriege andauern oder enden, reicht über rationalistische Ansätze hinaus. Drei Alternativen führe ich kurz auf, auch wenn die Fallstudie nicht systematisch prüft, wieweit deren Merkmale vorliegen. Besondere Prominenz erlangte das Konzept der versunkenen Kosten: Im Widerspruch zu strikt rationalistischen Annahmen bleibe ein Akteur bei einer erfolglosen Strategie, weil er die Abkehr von ihr angesichts der eigenen Anstrengungen und Opfer für verschwenderisch halte. „[S]unk cost promotes lingering until the bitter end“ (Arkes/Blumer 1985: 126).

Versunkene Kosten werden auch im Zusammenhang mit der *prospect theory* diskutiert, laut der Akteure risikofreudig agieren, wenn sie sich im Verlustbereich verorten, Risiken aber meiden, wenn sie sich in der Gewinnzone sehen (Kahneman 2011: 276–335). Die *prospect theory* beschreibt Muster menschlichen Handelns, liegt aber jenseits rationalistischer Theorien.

Weithin bekannt ist zudem das Phänomen *groupthink*. Das Streben nach Übereinstimmung innerhalb einer Gruppe unterdrückt kritisches Denken und realistisches Abschätzen von Handlungsalternativen, es verschlechtert die mentale Leistungsfähigkeit sowie das moralische Urteilsvermögen. Zu den Symptomen von *groupthink* zählt, aus überzogenem Optimismus extreme Risiken einzugehen und Warnungen zu ignorieren. Zwar lassen sich diese Merkmale bei der Führung der Republika Srpska Krajina beobachten, hingegen passen die noch darzulegenden Zerwürfnisse in ihren Reihen nicht zur Symptomatik von *groupthink*, die auch Selbstzensur und die Illusion von Einigkeit umfasst.<sup>7</sup>

### 3. KROATIEN 1995: EIN WAFFENSTILLSTAND KOLLABIERT

#### 3.1 DER KONFLIKT IN KROATIEN BIS ANFANG 1995<sup>8</sup>

Anfang der 1990er Jahre stellten Kroaten um die 78% und Serben rund 12% der Bürger Kroatiens, damals noch Teilrepublik Jugoslawiens (Republic of Croatia – Central Bureau of Statistics 2009: 89). Die meisten Kroaten fürchteten ein von Serbien dominiertes Jugoslawien und favorisierten die

<sup>7</sup> Janis 1972: 8–9, 197–198; Rose 2011 bietet eine Übersicht zur „groupthink“-Literatur.

<sup>8</sup> Teile dieses Unterkapitels greifen zurück auf Gromes 2014: 7–10.

Unabhängigkeit der Teilrepublik Kroatien. Viele Serben in Kroatien hingegen traten für den Verbleib in Jugoslawien ein. Nach Mehrparteienwahlen im Frühling 1990 schritt die Regierung Kroatiens in Richtung Sezession. Serben in den Grenzgebieten zu Bosnien und Herzegowina und Serbien rebellierten und errichteten im Sommer 1990 Autonome Verwaltungsbezirke. Die kroatische Regierung entließ Serben aus dem Polizei- und Verwaltungsdienst, und das Parlament stufte den Status der Serben von einem konstituierenden Volk auf eine nationale Minderheit herab. Serbische Politiker behaupteten, es drohe die Rückkehr faschistischer Herrschaft und verwiesen auf den Unabhängigen Staat Kroatien, der nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Jugoslawien geschaffen worden war und viele Zehntausend Serben ermordet hatte.



Abb. 1: Die Gebiete der Republika Srpska Krajina (Quelle der Karte: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Croatia\\_map\\_blank.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Croatia_map_blank.svg), Bearbeitung: Alev Özdemir/HSEK).

Im Juli 1991 eskalierte der Konflikt zum Krieg. Bis Ende November desselben Jahres brachten Verbände der aufständischen Serben in Kroatien und Truppen der Jugoslawischen Volksarmee (JVA) bis zu ein Drittel Kroatiens unter ihre Kontrolle. Im Dezember 1991 wurde in diesen von ihnen gehaltenen Gebieten die Republika Srpska Krajina (RSK) ausgerufen, deren Verfassung einen gemeinsamen Staat der Serben Jugoslawiens forderte (Ustav Republike Srpske Krajine 1991: Art. 123).<sup>9</sup> Die Repub-

<sup>9</sup> Zu Hintergrund und Verlauf des Konflikts: Calic 2010; Glenn 1996; Melčić 1999; Nation 2003; Ramer 2006; Ramet 2008; Silber/Little 1997; Tanner 1997; Woodward 1995.

lika Srpska Krajina fand keineswegs Unterstützung bei allen Serben in ihrem Gebiet oder in Kroatien insgesamt. Auch lebten von den beim Zensus 1991 gezählten 582.000 Serben in Kroatien<sup>10</sup> 1992 nur gut 352.000 und damit weniger als zwei Drittel im Territorium der Republika Srpska Krajina.<sup>11</sup> Es gilt, diese Differenzierungen zu bedenken, wenn ich im Folgenden kurz von den „rebellierenden“ oder „aufständischen Serben“ rede, um nicht immer den genaueren, aber umständlicheren Begriff „Führung der Republika Srpska Krajina“ zu verwenden.

Ein am 2. Januar 1992 geschlossenes Waffenstillstandsabkommen verringerte das Ausmaß der Kämpfe, ohne die Gewalt ganz zu beenden. Offensiven der kroatischen Regierungstruppen im Juni und Juli 1992, im Januar und Februar 1993 und im September 1993 erhöhten zwischenzeitlich die Intensität des militärischen Konflikts. Kurz vor Weihnachten 1993 vereinbarten die Konfliktparteien einen Waffenstillstand, den eine weitere Vereinbarung am 30. März 1994<sup>12</sup> bestätigte und vertiefte.

Nach dem Waffenstillstand 1992 gewann Kroatiens Regierung internationale Anerkennung für ihre unabhängige Republik. Allerdings entzog sich ein erheblicher Teil des Staatsgebiets ihrer Kontrolle. Der Republika Srpska Krajina blieb internationale Anerkennung versagt (UN Secretary-General 1991: Annex 3; UN Security Council 1992). Wie Abbildung 1 zeigt, bestand diese Republik aus langgestreckten, verstreuten Gebieten, die über das von Serben kontrollierte Territorium in Bosnien und Herzegowina und Serbien miteinander verbunden waren (Central Intelligence Agency 2002: 271; RSK Civil Defense Headquarters 1995: 296–297). Die Jugoslawische Volksarmee zog nach der Waffenstillstandsvereinbarung aus Kroatien ab, sodass die Armee der Republika Srpska Krajina fortan auf sich allein gestellt blieb, jedoch Waffen der JVA überlassen bekam. Nach dem Abzug der Jugoslawischen Volksarmee aus Kroatien eskalierte im benachbarten Bosnien und Herzegowina der Konflikt um die staatliche Struktur und Zugehörigkeit zum Krieg. Dieser dauerte 1995 noch an und verwob sich mit dem zu untersuchenden Konflikt zwischen der Regierung Kroatiens und der Republika Srpska Krajina.

Das Waffenstillstandsabkommen 1992 in Kroatien wie auch maßgebliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrats gingen auf einen Plan des Vermittlers Cyrus Vance zurück.<sup>13</sup> Demnach sollten Blauhelme der *United Nations Protection Force* (UNPROFOR) als geschützt ausgewiesene Gebiete mit serbischer Mehrheit oder substanzieller serbischer Minderheit demilitarisieren, in denen sich Kämpfe ereignet hatten. Diese Gebiete deckten sich weitgehend mit dem Territorium der Republika Srpska Krajina.<sup>14</sup> Die UN-Präsenz gliederte sich in vier Sektoren, wie Abbildung 2 zeigt. Sektor Süd erstreckte sich vertikal entlang der West-Grenze von Bosnien und Herzegowina. Sektor Nord legte sich sichel-

---

10 Republic of Croatia – Central Bureau of Statistics 2009: 89.

11 Diese Zahl ergibt sich aus einem Bericht an die Regierung der Republika Srpska Krajina, demnach in deren Gebiet 1992 ca. 400.000 Menschen lebten, davon 88% Serben (Zapisnik 25. sjednice Vlade Republike Srpske Krajine 1992: 82).

12 Die Vereinbarung trägt das Datum vom 29. März 1994, wurde aber in den Morgenstunden des nächsten Tages geschlossen (ICTY 25.4.2006: 3794, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>).

13 Der Plan ist dokumentiert in: UN Secretary-General 1991: Annex 3: Art. 1.

14 S. [www.partitionconflicts.com/partitions/regions/balkans/peace\\_process/05\\_05\\_01/map\\_b.asp](http://www.partitionconflicts.com/partitions/regions/balkans/peace_process/05_05_01/map_b.asp).

förmig an das westliche Drittel der Nordgrenze von Bosnien und Herzegowina und war nur über einen schmalen Streifen diesseits der Grenzen Kroatiens mit dem Sektor West in West-Slawonien verbunden. Sektor Ost umfasste Ost-Slawonien, Baranja und West-Syrmien an der Grenze zur Vojvodina, einer autonomen Provinz Serbiens.



Abb. 2: Die Präsenz der UNPROFOR (© CIA, Balkan Battlegrounds; [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:UNPROFOR\\_1993.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:UNPROFOR_1993.jpg)).

Die UN-Mission sollte die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen unterstützen. Manche bis dahin von der JVA kontrollierten Territorien, die sogenannten *pink zones*, lagen außerhalb der geschützten Gebiete und waren der Kontrolle der kroatischen Regierung zu übergeben. All das sollte die Grundlage für Gespräche über eine umfassende politische Regelung schaffen. Wie diese aussehen könnte, ließ der Vance-Plan offen.

Die Zukunft Kroatiens blieb auch nach dem Waffenstillstandsabkommen vom März 1994 ungeklärt (Security Council 1994a). Anders als erhofft, brachte das Ende der Kämpfe keine Fortschritte hin zu einer umfassenden Regelung. Allerdings vereinbarten die Konfliktparteien am 2. Dezember 1994, von den Kämpfen betroffene Systeme der Wasser- und Stromversorgung sowie eine Ölleitung wieder in Betrieb zu nehmen und die Autobahn Zagreb-Belgrad für den Verkehr freizugeben (UN Security Council 1994b: Appendix I).

Trotz dieses Abkommens zeigte sich die Regierung Kroatiens mit der Situation unzufrieden. Die Republika Srpska Krajina bestand fort, und zentrale Vorgaben des Vance-Plans wurden nicht umgesetzt. Weder kam es zur Demilitarisierung der geschützten Gebiete, noch kehrten Flüchtlinge und Binnenvertriebene in größerer Zahl zurück. Auch die Übergabe der *pink zones* bereitete Probleme (Ekwall-Uebelhart 1996: 25–44). Der Präsident Kroatiens, Franjo Tuđman, schrieb in einem Brief vom 12. Januar 1995 an den UN-Generalsekretär:

„The Serb intransigence and UNPROFOR’s reserve are de facto allowing and promoting occupation of parts of Croatia’s territory. The ‘freezing’ of a negative status quo is unacceptable [...]. Therefore, [...] I have the honour to inform you that the UNPROFOR mandate is hereby terminated effective 31 March 1995.“ (UN General Assembly/UN Security Council 1995)

### 3.2 Z-4-FRIEDENSPLAN: ENTGEGENNAHME VERWEIGERT

Anfang des Jahres 1995 präsentierten Vermittler den Entwurf eines umfassenden Abkommens, der als Z-4-Plan bekannt wurde. Z-4 stand für „Zagreb-Vier“ und meinte den US-Botschafter in Kroatien, Peter W. Galbraith, den dortigen russischen Botschafter, Leonid Kerestedjants, Kai Eide als Repräsentant der Vereinten Nationen in der Internationalen Konferenz für das ehemalige Jugoslawien sowie Geert-Hinrich Ahrens als EU-Vertreter in dieser Konferenz (Ahrens 2007: 151). Der Z-4-Plan sah vor, die Republika Srpska Krajina aufzulösen. In den Gemeinden, in denen es bei der Volkszählung 1991 eine serbische Mehrheit gegeben hatte (Ahrens 2007: 158–159), sollte die „Autonome Serbische Krajina“ mit eigenem Präsidenten und Parlament, eigener Flagge sowie eigenen Geldscheinen und Münzen entstehen. Das territorial nicht zusammenhängende autonome Gebiet hätte unter anderem die Politikfelder Bildung, Kultur, Soziales, Wirtschaft, Medien und Polizei gestalten dürfen. Ein Teil der restlichen abzuwickelnden Republika Srpska Krajina sollte sofort unter kroatische Kontrolle kommen, den anderen Teil sollte für eine Übergangszeit eine UN-Mission verwalten (Draft Agreement 1995: Art. I-III, Art. VII-IX). Diese Übergabe hätte Gebiete betroffen, in denen Serben vor dem Krieg keine Mehrheit gestellt hatten.<sup>15</sup>

Am 30. Januar 1995 überreichten die Vermittler den Friedensplan an Tuđman. Von großen Vorbehalten der kroatischen Regierung berichteten internationale Vermittler (Ahrens 2007: 165)<sup>16</sup> wie auch eine kroatische Unterhändlerin: „Z-4 war ein großer Schock für uns“.<sup>17</sup> Gleichwohl zeigte sich die kroatische Regierung verhandlungsbereit (Ahrens 2007: 165). Aufgrund der serbischen Verweigerungshaltung musste sie sich lange nicht öffentlich positionieren.

15 S. die Karte auf [http://military.wikia.com/wiki/Z-4\\_Plan](http://military.wikia.com/wiki/Z-4_Plan).

16 S. auch die Aussage Galbraiths: ICTY 25.4.2006: 3749, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

17 So Vesna Škare Ožbolt. S. Tihomir Ponoš: Martić do kraja nije vjerovao da je „Oluja“ moguća: „Da oni mogu nešto napraviti, već bi napravili [...]“, Novi List, 5.8.2015, <http://www.novolist.hr/Vijesti/Hrvatska/Martic-do-kraja-nije-vjerovao-da-je-Oluja-moguca-Da-oni-mogu-nesto-napraviti-vec-bi-napravili>.



Am gleichen Tag wollten die Vermittler den Z-4-Plan der Führung der Republika Srpska Krajina übergeben. Doch deren Präsident, Milan Martić, verweigerte die Entgegennahme. Er erklärte, man würde dies erst tun, wenn der UN-Sicherheitsrat die weitere Präsenz der UNPROFOR zusichert. Laut US-Botschafter Galbraith warnten die Vermittler, dass verweigte Verhandlungen militärische Schritte der Regierung Kroatiens wahrscheinlicher machten.<sup>18</sup> Der russische Botschafter Kerestedjants berichtete von seinen Worten zu Martić, dieser habe das Todesurteil der Krajina unterzeichnet (Marijan 2010: 358).

Anfang Februar unterstützte das Parlament der Republika Srpska Krajina Martićs Haltung. Einmütig ohne Enthaltungen entschied es, Verhandlungen über politische und wirtschaftliche Fragen solange einzustellen, bis Kroatien die Forderung nach Abzug der UNPROFOR zurücknimmt (RSK Narodna Skupština 1995: 133).<sup>19</sup>

Die Mitschrift der Debatte gibt Aufschluss darüber, wie die Abgeordneten die Lage deuteten. Da das Parlament nicht-öffentlich tagte, lassen sich die zitierten Beiträge nicht als nach innen gerichtete Propaganda oder nach außen orientiertes Taktieren abtun. Die Abgeordneten verstanden den zitierten Brief Tuđmans als Androhung militärischer Gewalt. „Es folgt ein Krieg mit den Kroaten“, sagte der Abgeordnete Milan Kresojević (RSK Narodna Skupština 1995: 86). „Uns erwartet Krieg“, pflichtete sein Kollege Milorad Višić bei (RSK Narodna Skupština 1995: 91). Weitere Abgeordnete wie auch Außenminister Milan Babić schlugen ähnliche Töne an. Einige Beiträge nannten Schwächen der Republika Srpska Krajina, so die schlecht arbeitende Regierung, interne Konflikte, Folgen internationaler Sanktionen, die unzureichend ausgestattete Armee und durch Abwanderung entvölkerte Gebiete, die die Verteidigungsfähigkeit einschränkten.<sup>20</sup> Der Abgeordnete Lazar Macura warnte vor dem Untergang, würde nicht schnell etwas unternommen (RSK Narodna Skupština 1995: 90). Präsident Martić erklärte hingegen, man müsse zwar die kroatischen Drohungen ernstnehmen, doch scheue die kroatische Regierung eine große Aggression, da dies internationale Sanktionen sowie das Eingreifen der Streitkräfte Jugoslawiens und der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina provozieren und damit Kroatiens Niederlage herbeiführen würde (RSK Narodna Skupština 1995: 70).

Martić äußerte starke Vorbehalte gegen Verhandlungen. Der Z-4-Plan gewährleiste nicht einmal das Minimum der Menschenrechte und Interessen der Serben. Ein Leben in Kroatien, d.h. unter Herrschaft der kroatischen Regierung, sei schlimmer als jeder Krieg. Martić führte die Opfer der eigenen Seite an, um seine kompromisslose Position zu rechtfertigen. Er stellte die rhetorische Frage, ob man auf die Opfer des Krieges spucken dürfe, indem man eine friedliche Integration der Krajina in den kroatischen Staat akzeptiere. Die Republika Srpska Krajina, so Martić, wolle und müsse verhandeln, aber auf gleichberechtigter Grundlage, als „offizieller Staat“ (RSK Narodna Skupština 1995: 69–70). Damit erklärte Martić das Maximalziel, den Fortbestand der Republika Srpska Krajina und deren internationale Anerkennung, zur Vorbedingung von Gesprächen. So weit ging der Beschluss der Abgeordneten

---

18 ICTY 25.4.2006: 3750-3751, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

19 Aus Platzgründen verweise ich nur mit Kurztiteln auf Dokumente der Republika Srpska Krajina. Die vollständigen Angaben erstrecken sich oft über mehrere Zeilen.

20 S. die Reden von Martić, Babić, Kresojević, Čubra, Macura und Višić.

nicht. Sie knüpften ihre Verhandlungsbereitschaft an den Verbleib der UN-Truppen, obwohl sie sich durch diese nicht geschützt sahen. Wie mehrere Redebeiträge hervorhoben, hatten die Blauhelme die kroatische Regierung nicht von deren Offensiven in den Jahren 1992 und 1993 abgehalten.<sup>21</sup>

Sämtliche Reden ließen eine Begründung vermissen, wie die favorisierte Verhandlungsverweigerung helfen sollte, die eigenen Ziele zu verwirklichen. Entsprechend blendeten die Redner aus, dass ihre Haltung die kroatische Seite darin bestärken könnte, militärische Schritte zu unternehmen. Das galt umso mehr, als es ihr das bruske Zurückweisen des Friedensplans durch die Republika Srpska Krajina erleichtern würde, international Verständnis für ein militärisches Vorgehen zu erlangen. Diese Konsequenz hatten die Vermittler mehr als nur angedeutet.

Wenige Wochen nach der beschriebenen Parlamentssitzung berichtete der UN-Generalsekretär von einer deutlichen Zunahme der Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen und sah das Land am Rand eines großen Krieges (UN Secretary-General 1995: Art. 3 und 60). Zum 1. April 1995 ersetzte die *UN Confidence Restoration Operation* (UNCRO) die damals circa 16.000 Personen starke UNPROFOR.<sup>22</sup> Die neue Mission führte im Wesentlichen den alten Auftrag fort und sollte die vereinbarten Abkommen und UN-Resolutionen umsetzen, wies aber einen deutlich kleineren Personalumfang auf als ihre Vorgängerin. Darüber hinaus mandatierte der Sicherheitsrat die Friedensmission dazu, die Suche nach einer ausgehandelten Regelung im Rahmen der territorialen Integrität Kroatiens zu unterstützen (UN Security Council 1995a). Diesen letzten Punkt wies die Regierung der Republika Srpska Krajina als „absolut unannehmbar“ zurück (Zapisnik sa izvanredne sjednice Vlade RSK 1995: 313).

Obwohl eine weitere Präsenz der Blauhelme gewährleistet war, weigerte sich die Führung der Republika Srpska Krajina weiterhin, über den vom Sicherheitsrat unterstützten Z-4-Plan zu verhandeln. Das tat sie nicht aus Unkenntnis des Plans. Bereits im Herbst 1994 hatten kroatische und jugoslawische Zeitungen über wichtige Punkte im Entwurf berichtet (Ahrens 2007: 163). Darüber hinaus hatte am 23. Januar und 9. März 1995 US-Botschafter Galbraith den Plan mit Außenminister Babić diskutiert.<sup>23</sup>

Die erwähnte Parlamentsdebatte wie auch andere Dokumente geben keinen Hinweis darauf, dass die Führung der Republika Srpska Krajina eigentlich Verhandlungen positiv gegenüberstand, sich aber aufgrund einer stark mobilisierten anti-kroatischen öffentlichen Meinung nicht traute, eine solche Politik offiziell zu vertreten.<sup>24</sup> Im Gegenteil verwiesen etwa die Reden von Martić und Višić auf die geringe Moral von Zivilisten und Soldaten (RSK Narodna Skupština 1995: 71–73, 95–96).

---

21 S. die Reden von Kresojević, Višić, Atagić und Vujić. Wie die Abgeordneten zudem wussten, scheiterten die Blauhelme auch im benachbarten Bosnien und Herzegowina daran, Krieg und Kriegsverbrechen zu stoppen.

22 Zur UNCRO: <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/past/uncro.htm>.

23 ICTY 25.4.2006: 3747–3748, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

24 S. Duffy/Lindstrom (2002: 81) zu Wirkungen einer solchen Mobilisierung, die sie aber nicht für das hier betrachtete Geschehen diskutieren.

Als anderer Grund für die Verweigerungshaltung kommt das 1993 ins Leben gerufene Haager Tribunal infrage. Von internationaler Strafverfolgung kann der ungewollte Nebeneffekt ausgehen, den Protagonisten eines Konflikts keine persönliche Perspektive mehr zu lassen und so deren Kompromissbereitschaft zu senken (Krcmaric 2018). Allerdings drohte der Führung der Republika Srpska Krajina im bislang betrachteten Zeitraum kein Verfahren. Anklage gegen Martić erging erst Ende Juli 1995, gegen Babić 2003.<sup>25</sup>

Das fortgesetzte Verweigern von Verhandlungen hing womöglich damit zusammen, dass sich vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen niemand traute, den von Präsident Martić vorgegebenen Kurs infrage zu stellen. Im Februar 1993 hatten Politiker in West-Slawonien mit kroatischen Behörden das Daruvar-Abkommen geschlossen. Als eine regionale Versammlung das Abkommen debattierte, seien die Beteiligten von aufmarschierten Spezialeinheiten der Republika Srpska Krajina mit dem Tod bedroht worden, sollten sie der Vereinbarung zustimmen, so ein Zeuge vor dem Kriegsverbrechertribunal.<sup>26</sup> Einer der Unterzeichner des Abkommens, Mladen Kulić, schilderte, er und weitere Beteiligte seien inhaftiert und auf Geheiß des damaligen Innenministers Martić geschlagen worden.<sup>27</sup> Furcht mag daher ein Grund für den einstimmigen Beschluss des Parlaments gewesen sein. Dem damaligen Außenminister Babić wurde von sich selbst<sup>28</sup>, aber auch von Galbraith<sup>29</sup> bescheinigt, für Verhandlungen des Z-4-Plans offen gewesen zu sein. Auch Borislav Mikelić, damals Premierminister, beansprucht, er habe Verhandlungen über den Friedensplan unterstützt.<sup>30</sup> Doch hielt weder Babić noch Mikelić in der besagten Parlamentssitzung eine Rede gegen die Verweigerungshaltung. Zumindest Mikelić fürchtete den Präsidenten nicht so sehr, als dass es ihn im Parlament davon abgehalten hätte, mit Martić heftige persönliche Vorwürfe auszutauschen. Die Freiräume in der Republika Srpska Krajina waren groß genug, die politische Uneinigkeit zuzulassen, die in den Debattenbeiträgen zur Sprache kam. Daher möchte ich die Furcht um Posten, Freiheit oder Leben als Ursache der Verweigerungshaltung nicht überbewerten.

Als weitere rationalistische Erklärung für die verweigerten Verhandlungen kommt infrage, dass die Führung der Republika Srpska Krajina davon ausging, die kroatische Regierung werde ein Abkommen auf Basis des Z-4-Plans brechen. Doch wäre für sie ein solches Verpflichtungsproblem handlungsleitend gewesen, hätte sie kaum wenige Wochen zuvor das Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Wiedereröffnung von Verkehrswegen unterzeichnet. Die naheliegende Reaktion auf den befürchteten Bruch etwaiger Kompromisse hätte darin bestanden, möglichst starke Garantien, auch seitens Dritter, auszuhandeln. Mit den verweigerten Verhandlungen aber stieß die Führung

---

25 [http://www.icty.org/x/cases/martic/cis/en/cis\\_martic\\_en.pdf](http://www.icty.org/x/cases/martic/cis/en/cis_martic_en.pdf); [http://www.icty.org/x/cases/babic/cis/en/cis\\_babic\\_en.pdf](http://www.icty.org/x/cases/babic/cis/en/cis_babic_en.pdf).

26 ICTY 30.9.2002: 10496–10497, [http://www.icty.org/x/cases/slobodan\\_milosevic/trans/en/020930ED.htm](http://www.icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/trans/en/020930ED.htm).

27 ICTY 5.3.2008: 4500–4501, <http://www.icty.org/x/cases/seselj/trans/en/080305ED.htm>.

28 ICTY 20.2.2006: 1656, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060220IT.htm>.

29 ICTY 25.4.2006: 3751, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

30 Danijela Stojšin: Mikelić: Predložio sam Martiću da plan Z-4 bude polazna osnova, rekao je „To, kad ti budeš predsjednik“, Srbija Danas, 6.8.2015, <https://www.srbijadanas.com/clanak/mikelic-predlozio-sam-marticu-da-plan-z-4-bude-polazna-osnova-rekao-je-kad-ti-budes>.

der Republik Srpska Krajina die Vermittler vor den Kopf. Zwischenfazit: Auf der Linie rationalistischer Annahmen lag, die Republika Srpska Krajina nicht ohne Weiteres gegen Autonomie innerhalb Kroatiens eintauschen zu wollen. Anders verhielt es sich mit dem Beschluss, Verhandlungen zu verweigern. In den Debatten gab es kein folgenorientiertes Abwägen der Optionen, Verhandlungen abzulehnen oder aufzunehmen. Ebenso wenig führten die Beteiligten aus, wie das Zurückweisen von Verhandlungen die diagnostizierte Bedrohung durch die kroatische Regierung abwenden sollte.

### 3.3 DER „BLITZ“ SCHLÄGT EIN

Am 1. Mai starteten die Streitkräfte Kroatiens die *Operation Blitz* und griffen den Sektor West trotz der dortigen Blauhelmpresenz an. Schon am nächsten Tag hatten die kroatischen Truppen die von serbischen Rebellen gehaltenen Gebiete in West-Slawonien erobert. Dabei sollen 400 bis 450 Menschen ihr Leben verloren haben, die meisten davon Serben.<sup>31</sup> Am 3. Mai erklärte Tuđman:

„[W]ith such a victory Croatia [...] has demonstrated to the rebel Croatian Serbs, and to international factors, that it has an armed force capable of liberating all the still occupied areas if that is not achieved in a peaceful way.“ (zitiert nach Marijan 2010: 65)

Der Präsident des UN-Sicherheitsrats verlangte einen Tag danach, die Autorität der UNCRO im Sektor West wiederherzustellen, nicht aber den Rückzug der kroatischen Streitkräfte (UN Security Council 1995b). Die Resolution 994 bestätigte diese Stellungnahme und begrüßte Anstrengungen um eine ausgehandelte Regelung im Rahmen der territorialen Integrität Kroatiens (UN Security Council 1995c). Doch die Republika Srpska Krajina verweigerte weiterhin Verhandlungen über den Z-4-Plan.

Vom 17. bis zum 19. Mai debattierte ihr Parlament Ursachen und Folgen der Niederlage in West-Slawonien. Präsident Martić machte vor allem innere Probleme seiner Republik als Gründe aus: Kriminalität, Armut, eine dysfunktionale und obstruierende Regierung, ein zerstörter Staat, Uneinigkeit der Serben und eine zu große Geltung von Einzelinteressen (Govor predsjednika 1995a: 39, 47). In den verweigerten Verhandlungen sah er hingegen keinen Anlass für die kroatische Offensive.

Während der Kommandant der Streitkräfte, Milan Čeleketić, die Umsetzung des Abkommens zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und insbesondere die Öffnung der Autobahn Zagreb-Belgrad als Treiber des kroatischen Angriffs ausmachte (Prijepis Skupštine RSK 1995: 70), hob Innenminister Branko Perić hervor, West-Slawonien sei militärisch nicht zu verteidigen gewesen. Nur im Frieden hätte West-Slawonien als Teil der Republika Srpska Krajina bestehen können (Prijepis Skupštine RSK 1995: 118).

31 Marko Knežević: Operation „Flash“, Vreme NDA, 15.5.1995, <http://www2.scc.rutgers.edu/serbiandigest/>.

In der Debatte kam immer wieder zur Sprache, dass Jugoslawien und die Serbische Republik in Bosnien und Herzegowina nicht eingegriffen hatten<sup>32</sup>, die Republika Srpska Krajina sich allein aber nicht verteidigen könne.<sup>33</sup> Martić sagte, es gebe keine Wahl zwischen Belgrad und Pale, dem Machtzentrum der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina. Die Krajina könne nur mit Unterstützung sowohl Belgrads als auch Pales bestehen (Prijepis Skupštine RSK 1995: 122).

Aus ihrer durch die Operation Blitz demonstrierten militärischen Unterlegenheit folgerten die Abgeordneten keineswegs, nun doch über den Z-4-Plan zu verhandeln. Stattdessen stimmten sie einer Forderung Martićs zu:

„Die Vereinigung der Republika Srpska Krajina und der Serbischen Republik [in Bosnien und Herzegowina] muss eine Frage von Stunden sein, nicht mehr von Tagen oder Monaten. Alles Andere führt die Krajina in den Untergang.“ (Govor predsjednika 1995a: 43)

Die Abgeordneten beschlossen, die Vereinigung ihrer Republik mit der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina voranzutreiben (Prijepis Skupštine RSK 1995: 190). Sie hofften dadurch im Fall eines weiteren Angriffs auf deren umfassenden militärischen Beistand. Das schien insofern nachvollziehbar, als diese über mehr Truppen verfügten und das Territorium in Bosnien und Herzegowina kontrollierten, welches die verbliebenen Gebiete der Republika Srpska Krajina in den Sektoren Nord und Süd mit Sektor Ost an der Grenze zu Jugoslawien verband. Jedoch setzte sich das Parlament der Republika Srpska Krajina mit seinen Vereinigungsplänen über mehrere mögliche Einwände hinweg. Die Truppen der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina waren durch den Krieg gegen die erstarkenden bosniakischen und kroatischen Streitkräfte gebunden. Zudem stand ihre ebenfalls international nicht anerkannte Republik unter einem Waffen- und Wirtschaftsembargo, das umso stärker wirkte, je konsequenter Jugoslawien seine Grenze zu Bosnien und Herzegowina abriegelte. Jugoslawien, selbst Ziel umfangreicher Sanktionen, stellte sich gegen die Vereinigung der ausgerufenen Serbischen Republiken in Kroatien und Bosnien und Herzegowina. Die Republika Srpska Krajina hing militärisch wie ökonomisch von Belgrad ab. Durch den Konflikt vom angestammten Wirtschaftsraum in Kroatien abgetrennt, brauchte sie umfassende Hilfe aus Jugoslawien, um ihre Bürger mit dem Nötigsten versorgen zu können (Kolstø/Pauković 2014: 316–318, s. auch Barić 2008: 97–98). Somit handelte die Führung der Republika Srpska Krajina mit ihrer Vereinigungspolitik gegen Martićs Vorgabe, nicht zwischen Pale und Belgrad zu wählen, und entschied sich für Pale. Gegen den Kurs der rebellierenden Serben sprach zudem, dass er Kroatien zu einem weiteren Angriff veranlassen konnte, noch bevor die Vereinigung mit der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina wirksam würde.

All diese Einwände blieben in der Parlamentsdebatte unterbelichtet. Auch über Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die die territoriale Integrität von Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina be-

---

32 S. die Reden von Čeleketić sowie Petar Džodan, Milivoj Vojinović und Ranko Bakić. Wie im Juli 1995 eine zum Fall West-Slawoniens eingesetzte Kommission feststellte, hatte die Serbische Republik in Bosnien und Herzegowina mit lediglich einer Kompanie und zwei Helikoptern eingegriffen (Izveštće Državne komisije 1995: 290).

33 S. die Reden von Vojinović, Bakić, Dragan Čičić und Verteidigungsminister Rade Tanjga.

tonten, gingen die Abgeordneten hinweg. Bereits am 27. Mai 1995 lagen Eckpunkte für die „Vereinigten Serbischen Republiken“ vor (Dopis Međurepubličke komisije 1995), denen zwei Tage später das Parlament der Republika Srpska Krajina zustimmte (Odluka Skupštine RSK 1995: 218). Politikern im Sektor Ost (Ost-Slawonien, Baranja und West-Syrmien) missfiel dieses Vorhaben. Sie fühlten sich Belgrad näher als Pale und erklärten, die Vereinigungspläne nicht umzusetzen.<sup>34</sup> Bald warf man ihnen Sezessionsversuche vor (Zapisnik 1995b: 269).

Die Führung der Republika Srpska Krajina setzte die Vereinigungspolitik fort, und das auch nach einem Bericht von Martić, Serbiens Präsident Slobodan Milošević lehne die Vereinigung ab und wolle Jugoslawien nicht in einen Krieg hineinziehen lassen (Zapisnik 1995a: 244). Keines der ausgewerteten Dokumente legt nahe, dass die Führung der Republika Srpska Krajina verhandeln wollte, dies aber auf Druck von Belgrad verwarf.<sup>35</sup>

In weiteren Reaktionen auf die Niederlage in West-Slawonien sprach das Parlament der Republika Srpska Krajina am 31. Mai Premierminister Mikelić das Misstrauen aus (Dopis predsjednika Skupštine RSK 1995). Er hatte das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgehandelt. Durch dieses Votum stürzte die gesamte Regierung (Zakon o Vladi 1992: Art. 9). Die Bildung einer neuen Regierung zog sich bis Ende Juli hin, wodurch die Republika Srpska Krajina über Wochen eine bestenfalls beschränkt handlungsfähige Exekutive hatte. Schließlich übernahm Babić das Amt des Premierministers (Gulić 2017: 457). Im militärischen Bereich leitete die Republika Srpska Krajina eine Reorganisation ihrer Streitkräfte ein und stellte eine neue Spezialeinheit auf.<sup>36</sup>

Anlässlich einer Truppenschau am 28. Juni, an einem für die serbische Politik historisch besonders aufgeladenen Datum<sup>37</sup>, erklärte Martić, die Republika Srpska Krajina sei zum Frieden entschlossen. Ihr werde jedoch kein Frieden angeboten, sondern Sklaverei. Wie die Erfahrung lehre, könnten die Serben nur mit starken Argumenten verhandeln, denn die Kroaten wie auch die ganze Welt verstünden ausschließlich die Sprache der Gewalt (Govor predsjednika 1995b). Damit erklärte Martić abermals die vom Z-4-Plan in Aussicht gestellte Autonomie für unzureichend. Um in Verhandlungen etwas Besseres zu erlangen, so Martić, müssten die Serben in eine stärkere Position kommen. Dieses Ziel verfolgte der Angriff auf die UN-Schutzzone Bihać in Nordwest-Bosnien, den die Republika Srpska Krajina wenige Wochen später zusammen mit Truppen der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina unternahm.

34 Filip Švarm: A Letter of Secession. Hadzic Re-activated, Vreme NDA, 5.6.1995, <http://www2.scc.rutgers.edu/serbian-digest/>.

35 Während Babić vor dem Haager Tribunal berichtete, Milošević habe im April 1995 den Z-4-Plan für gut befunden, warf Galbraith Belgrad mangelnde Unterstützung des Plans vor: [http://www.icty.org/x/cases/slobodan\\_milosevic/trans/en/021206IT.htm](http://www.icty.org/x/cases/slobodan_milosevic/trans/en/021206IT.htm), S. 14077 und [http://www.icty.org/x/file/About/OTP/Milosevic%20Feature/High%20level%20witnesses/milosevic\\_galbraith\\_fulltestimony2\\_en.doc](http://www.icty.org/x/file/About/OTP/Milosevic%20Feature/High%20level%20witnesses/milosevic_galbraith_fulltestimony2_en.doc).

36 Zapovijed Mile Mrkšić 1995; Izvješće zapovjednika 1995, Central Intelligence Agency 2002: 362.

37 Am 28. Juni 1389 verlor das Heer des serbischen Fürsten Lazar gegen Truppen des Sultans die Schlacht auf dem Amselfeld. Dieses Ereignis wählte sich der serbische Nationalismus zum zentralen Bezugspunkt.

Am 3. Juli kamen die Vermittler Carl Bildt (für die Europäische Union) und Thorvald Stoltenberg (für die Vereinten Nationen) nach Knin, Machtzentrum der Republika Srpska Krajina, um Martić zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Dieser verlangte als Vorbedingung den Rückzug der kroatischen Truppen aus West-Slawonien. Bildt entgegnete, es bliebe nur noch die Wahl zwischen sofortigen Verhandlungen und Krieg. Daraufhin forderte Martić den Abzug kroatischer Truppen von einem Gebirgszug, von dem sie Knin bald direkt beschießen konnten. Bildt warf ein, in Zagreb warteten viele auf ein serbisches Nein als Anlass, um Panzer in die Krajina zu schicken. Auf weiteres Drängen der Vermittler bestand Martić auf einzulösende Vorbedingungen und erklärte, es sei gewiss, dass die kroatische Seite künftige Vereinbarungen brechen würde. Bei einem Angriff auf die Krajina werde ganz Kroatien brennen (Bilješke sa sastanka 1995: 277–279).<sup>38</sup> Die Vermittler reisten ab, ohne die Führung der Republika Srpska Krajina umgestimmt zu haben. Eine vom Parlament eingesetzte Kommission zum Fall von West-Slawonien kam wenige Tage später zum Schluss, die Sperrung der Autobahn Zagreb-Belgrad durch die serbische Seite habe der kroatischen Regierung Anlass für die *Operation Blitz* geliefert (Izviješće Državne komisije 1995: 284). Doch nach wie vor blockierte die Führung der Republika Srpska Krajina den Verhandlungsweg.

Die rebellierenden Serben hatten nach den kroatischen Offensiven 1992/1993 und der *Operation Blitz* guten Grund, ihrem Gegner zu misstrauen. In diesem Misstrauen hätten sie allerdings erwarten können, dass die Regierung Kroatiens bald wieder militärisch zuschlagen würde. Wie auch die Vermittler warnten, galt das erst recht, wenn die aufständischen Serben Verhandlungen weiterhin verweigerten. Insofern verwundert es, dass die Führung der Republika Srpska Krajina die in vielen Konflikten anzutreffende Taktik verwarf, durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen.<sup>39</sup> Sie hatte ihrer Republik ein schlechtes Zeugnis ausgestellt und durfte kaum glauben, die Defizite durch die geplanten politischen und militärischen Schritte schnell zu beseitigen.

Am 19. Juli 1995 begann der Angriff auf die von Bosniaken kontrollierte UN-Schutzzone um Bihać, die zwar in Bosnien und Herzegowina lag, aber keilförmig in die Gebiete der Republika Srpska Krajina hineinragte.<sup>40</sup> Wenn dort die Serben in das von der kroatischen Regierung kontrollierte Territorium blickten, hatten sie bosnisch-herzegowinische Regierungstruppen im Rücken. Mit der Eroberung der Schutzzone hätten sie diese vermeintliche Bedrohung<sup>41</sup> beseitigt, dem serbisch kontrollierten Gebieten mehr Tiefe verliehen und die Vereinigung mit der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina vorangetrieben. Soweit lässt sich der Angriff mit Blick auf die Interessen der rebellierenden Serben nachvollziehen. Doch die internationalen Reaktionen konnten deren Lage nur verschlechtern. Dazu Galbraith vor dem Kriegsverbrechertribunal:

---

38 Auch Bildt (1998: 47) schildert dieses Treffen.

39 In einer Rede an hohe Offiziere am 10. Februar 1995 hatte Martić selbst gesagt, Verhandlungen seien nützlich, da sie mehr Zeit verschafften, die Verteidigung zu organisieren (Marijan 2010: 224).

40 S. Central Intelligence Agency 2002: 361–367. Bereits von September bis Dezember 1994 hatten Truppen der Republika Srpska Krajina und der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina Gebiete um Bihać angegriffen (Central Intelligence Agency 2002: 247–250).

41 S. die Meldung des Generalstabs der rebellierenden Serben an Milošević, Tuđman wolle mithilfe der bosniakischen Truppen in der Schutzzone Bihać die Republika Srpska Krajina zerteilen (Izvanredno operativno izvješće 1995).

„[W]e believed that if Ratko Mladic took over Bihac, he would likely do the same thing he had done in Srebrenica, which was massacre the men and boys and that the population of Bihac being four or five times that of Srebrenica, we were talking about in the neighbourhood of 40.000 men and boys being in danger of being murdered.“<sup>42</sup>

Der serbische Angriff auf Bihać half der Regierung Kroatiens in doppelter Weise. Zum einen band er erhebliche Teile der Streitkräfte der Republika Srpska Krajina, die dann an der Front in Kroatien fehlten. Zum anderen ließ der Angriff das internationale Verständnis für ein militärisches Vorgehen Kroatiens wachsen. Diese absehbaren Folgen hielten die Truppen der Republika Srpska Krajina und der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina nicht von dem Angriff auf die Schutzzone ab.

Für die Wochen zwischen „Blitz“ und „Sturm“ lässt sich Folgendes festhalten: Obwohl Kroatiens Militär mit der *Operation Blitz* seine Überlegenheit demonstriert hatte, blieb die Republika Srpska Krajina bei einer Politik, die ihren Feind anstachelte. Obwohl die Serbische Republik in Bosnien und Herzegowina und Jugoslawien keinen militärischen Beistand geleistet hatten und Jugoslawien ankündigte, im Kriegsfall nicht einzugreifen, hoffte die Führung der Republika Srpska Krajina auf großserbische Solidarität. Obwohl die rebellierenden Serben eklatante Schwächen ihrer Republik erkannten, versuchten sie nicht, Zeit zu gewinnen. Obwohl sich die Republika Srpska Krajina von Pale wie auch von Belgrad abhängig sah, stellte sie sich mit ihrer Politik der Vereinigung mit den bosnisch-herzegowinischen Serben gegen Jugoslawien und verschärfte dadurch die Konflikte in den eigenen Reihen. In den dokumentierten Debatten zeigten sich die rebellierenden Serben kaum willens oder fähig, mögliche Folgen ihrer Politik zu antizipieren und verschiedene Optionen gegeneinander abzuwägen. Warnungen aus Belgrad oder von internationalen Vermittlern schlugen sie in den Wind, der sich bald zum Sturm verstärkte.

### 3.4 UNRUHE VOR DEM „STURM“

Der Angriff auf die Schutzzone Bihać veranlasste am 22. Juli die Regierungen von Kroatien und Bosnien und Herzegowina zu einer gemeinsamen Erklärung, laut der sie ihre militärische Kooperation verstärken und Kroatien seinem Nachbarn bei der Verteidigung des attackierten Gebiets hilft (Deklaracija 1995).<sup>43</sup> Die Verbündeten hielten die serbische Offensive auf, und kroatische Truppen erzielten in Bosnien und Herzegowina bis Ende Juli Geländegewinne, wodurch sie das nun von drei Seiten umschlossene Knin direkt angreifen konnten (Gulić 2017: 457) und die Verbindung der Sektoren Nord und Süd zum Sektor Ost kappten (Pismo zapovjednika 1995). Am 24. Juli berichtete das Innenministerium der Republika Srpska Krajina, Kroatien bereite einen großen Angriff vor (Izvešće Resora državne bezbednosti RSK 1995). Vier Tage später rief der Oberste Verteidigungsrat der Republika Srpska Krajina den Kriegszustand aus (Odluka Vrhovnog savjeta odbrane RSK 1995).

<sup>42</sup> ICTY 25.4.2006: 3781, <http://www.icty.org/x/cases/martić/trans/en/060425IT.htm>.

<sup>43</sup> Diese Zusammenarbeit war nicht selbstverständlich, hatten sich doch von Herbst 1992 bis Februar 1994 Regierungstruppen und kroatische Verbände in Bosnien und Herzegowina bekriegt (s. dazu Burg/Shoup 1999; Calic 1996).



Mit anderthalb Beinen über dem Abgrund zeigte sich die Führung der Republika Srpska Krajina verhandlungsbereit. Dem UN-Sondergesandten Yasushi Akashi versicherten Martić und Babić am 31. Juli, die Angriffe auf die Schutzzone Bihać einzustellen und humanitäre Hilfe für die dortige Bevölkerung zuzulassen (Gulić 2017: 458). Bei einem Treffen mit US-Botschafter Galbraith am 2. August in Belgrad akzeptierte Babić den Rückzug aus der Schutzzone Bihać und die Öffnung wichtiger Infrastruktur. Auch wollte er auf Basis des Z-4-Plans verhandeln. Galbraith schlug Babić vor, dieser solle öffentlich erklären, den Z-4-Plan als Verhandlungsbasis anzunehmen. Galbraith würde aber Tuđman über Babićs Einsicht informieren, dass sich eine Regelung viel stärker an den Wünschen der kroatischen Regierung als am Z-4-Plan orientieren müsse. Damit erklärte sich Babić einverstanden. Doch laut Galbraith zweifelte Tuđman an der Aufrichtigkeit Babićs und daran, dass sich die Führung der Republika Srpska Krajina an dessen Wort gebunden fühlte.<sup>44</sup>

Eine Delegation der Republika Srpska Krajina reiste zu Verhandlungen nach Genf. Martić gehörte ihr nicht an, da die kroatische Regierung Gespräche mit ihm ablehnte, nachdem er in Reaktion auf die *Operation Blitz* Raketenangriffe auf Zagreb und andere Städte angeordnete hatte (Gulić 2017: 459). Babić blieb in Belgrad, informierte aber die Delegation über seine Absprachen mit Galbraith.<sup>45</sup> Am 3. August forderte die kroatische Delegation, ebenfalls nicht mit höchsten Entscheidungsträgern besetzt, die Annahme von sieben Punkten, ansonsten werde die Regierung „andere Mittel“ einsetzen. Sie verlangte unter anderem eine sofortige kroatische Verwaltung der verbliebenen geschützten Zonen, eine Anerkennung des Verfassungsgesetzes zu Minderheiten und die Übergabe aller Waffen innerhalb von acht Tagen. Somit pochte die kroatische Delegation auf eine Kapitulation der Republika Srpska Krajina. Vermittler Stoltenberg schlug einen Kompromiss auf Basis der Einigung zwischen Galbraith und Babić vor. Auf die Frage, ob sie die kroatischen Forderungen annehme, erklärte die serbische Delegation, sie akzeptiere die meisten von Stoltenbergs Punkten.<sup>46</sup> Das fasste die kroatische Seite als ein Nein zu ihren Forderungen auf (Ahrens 2007: 171–173). Wenige Stunden danach begann Kroatien die *Operation Sturm*.

Der zu spät demonstrierte Verhandlungswille erlaubt einige Schlüsse auf die zuvor verfolgte Politik. Wie man vermuten könnte, machten Konflikte innerhalb der serbischen Rebellen Verhandlungen unmöglich. Träfe dies zu, hätte es auch die zuletzt gezeigte Verhandlungsbereitschaft nicht geben dürfen, denn überwunden war der Streit nicht. Darauf deuten die sich lange hinziehende Regierungsbildung, die Distanzierung der Politiker im Sektor Ost von Knin oder der Dissens von Babić und Martić über den Z-4-Plan. Während der Premierminister den Entwurf sogar mit Änderungen zugunsten der kroatischen Seite akzeptierte, lehnte der Präsident in einem Telefonat mit der Delegation in Genf Verhandlungen auf Basis des Z-4-Plans nach wie vor ab (ICTY 2007: 21–24).

---

44 ICTY 25.4.2006: 3784–3786, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

45 ICTY 20.2.2006: 1657, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060220IT.htm>.

46 Milivoj Vojnović, Mitglied der serbische Delegation behauptete sogar, seine Seite habe alle Punkte Stoltenbergs angenommen, aber nicht das Mandat besessen, sich auf die kroatischen Forderungen einzulassen. S. Drago Kovačević: Još o „Oluji“ ..., B92, 5.8.2008, <http://blog.b92.net/text/3618/Jos-o-Oluji/>.

Die Ablösung von Premierminister Mikelić durch Babić könnte die Verhandlungsbereitschaft gefördert haben, weil Babić im Gegensatz zu seinem Vorgänger nicht als Gefolgsmann von Milošević galt (Caspersen 2010: 108–109). Zudem hatte sich Babić als authentischer Nationalist präsentiert, etwa durch Zurückweisen des Vance-Plans Ende 1991. Womöglich traute man ihm zu, für die Republika Srpska Krajina besser zu verhandeln. Mit der größten Partei im Rücken war Babić allerdings schon Wochen vorher der offensichtliche Kandidat für das Amt des Premierministers gewesen, und er hätte schon früher ein Verhandlungsmandat erhalten können.

Als plausibelste Erklärung für die späte Verhandlungsbereitschaft bleibt, dass sich bedeutende Teile der rebellierenden Serben im Angesicht des bevorstehenden Angriffs ihre Fehlkalkulationen oder völlig fehlenden Kalkulationen eingestanden haben. Wie die internationale Presse am Vorabend der *Operation Sturm* berichtete, hatte Kroatien seit mehreren Tagen über 100.000 Soldaten in volle Kampfbereitschaft versetzt. „[S]urprise is clearly no longer a significant issue“, zitierte die Tageszeitung *The Independent* einen UN-Offizier.<sup>47</sup> Erst als die Führung der Republika Srpska Krajina das Scheitern der zuvor verfolgten Politik nicht mehr leugnen konnte, begab sie sich an den Verhandlungstisch.

### 3.5 DAS ENDE DER REPUBLIKA SRPSKA KRAJINA

Die am 4. August begonnene *Operation Sturm* richtete sich gegen das Territorium der Republika Srpska Krajina entlang der westlichen und nordwestlichen Grenze von Bosnien und Herzegowina. In großen Teilen trafen die 127.000 Personen starken kroatischen Truppen auf keine anhaltende Gegenwehr der dort insgesamt 40.000 serbischen Soldaten (Truppenzahlen nach Marijan 2010: 158).<sup>48</sup> Wie schon bei der *Operation Blitz* griff Jugoslawien gar nicht ein, während die Truppen der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina wenige, begrenzte Gegenangriffe versuchten. Hingegen unterstützten bosnisch-herzegowinische Regierungstruppen von den Gebieten um Bihać aus Kroatiens Offensive. Bereits am 8. August waren die Truppen der Republika Srpska Krajina besiegt (Central Intelligence Agency 2002: 370–376).

200.000 Serben, fast die Hälfte der damals 430.000 Menschen in der Republika Srpska Krajina (RSK Civil Defense Headquarters 1995: 296), verließen die eroberten Gebiete, ob auf Anordnung der serbischen Behörden oder aufgrund von Vertreibung durch kroatische Truppen, ist umstritten. Über 1.800 Serben, davon 1.200 Zivilisten, starben oder sind vermisst (Gulić 2017: 464). Auf kroatischer Seite kamen fast 200 Menschen ums Leben (Marijan 2010: 159). Nach der *Operation Sturm* blieb nur der dichter besiedelte Sektor Ost an der Grenze zu Jugoslawien unter Kontrolle der serbischen Rebellen. Seine Übergabe an die kroatische Regierung erfolgte auf dem Verhandlungsweg. Das im November 1995 vereinbarte Erdut-Abkommen schrieb vor, diese Gebiete unter UN-Aufsicht zu demit-

---

47 Emma Daly und Michael Sheridan: Serb concessions may halt slide to war in Croatia, *The Independent*, 3.8.1995, <http://www.independent.co.uk/news/world/serb-concessions-may-halt-slide-to-war-in-croatia-1594644.html>.

48 Rund ein Drittel der insgesamt über 60.000 serbischen Soldaten war im Sektor Ost stationiert.

litarisieren (Basic Agreement 1995: Art. 1–3). Im Januar 1998 endete die UN-Übergangsverwaltung, und die Regierung Kroatiens übernahm die Kontrolle des vormaligen Sektors Ost.

Hatten 1991 rund 580.000 Serben in der damaligen jugoslawischen Teilrepublik Kroatien gelebt, registrierte die Volkszählung 2011 weniger als 190.000 Serben in Kroatien.<sup>49</sup> Nach ihrer Niederlage erhielten die Serben deutlich weniger Beteiligungsrechte als ihnen eine Umsetzung des Z-4-Plans gegeben hätte. Ohne sie namentlich zu nennen, garantiert der *Constitutional National Minority Rights Act* den Serben drei Sitze im Parlament, solange sie als „nationale Minderheit“ mehr als 1,5% der Bevölkerung stellen (Croatian Parliament 2002: Art. 19.2–3).<sup>50</sup>

In der Nachkriegspolitik Kroatiens spielten die Protagonisten der Republika Srpska Krajina keine Rolle mehr. Martić befahl vergeblich den Aufbau einer Befreiungsarmee der Republika Srpska Krajina (Zapovijed predsjednika 1995: 408). Später verurteilte ihn das Haager Kriegsverbrechertribunal zu 35 Jahren Gefängnis.<sup>51</sup> Babić erhielt eine Haftstraße von 13 Jahren; 2006 beging er Selbstmord.<sup>52</sup>

#### **4. DIE GRENZEN RATIONALISTISCHER THEORIEN UND KONFLIKTREGELUNG**

Abschließend bilanziere ich, in welchem Maß das Handeln der aufständischen Serben von Januar bis August 1995 den Annahmen rationalistischer Erklärungen für Krieg entsprach. Zudem geht es um Optionen für den Umgang mit nicht rational agierenden Konfliktparteien.

##### **4.1 BILANZ DER FALLSTUDIE**

Die Politik der Republika Srpska Krajina, die Verhandlungen über den Z-4-Plan lange verweigerte, widersprach in bedeutenden Teilen rationalistischen Annahmen. Dieses Urteil folgt nicht daraus, dass die proklamierte Republik kollabierte. Ein im Rückblick leicht zu erkennendes Scheitern weist der unterlegenen Konfliktpartei noch kein nicht rationales Handeln nach. Falsch wäre es auch, den aufständischen Serben nicht rationales Agieren vorzuhalten, nur weil man ihre politischen Ziele ablehnt. Den Fortbestand der Republika Srpska Krajina oder ihr Aufgehen in ein Großserbien einer etwaigen Autonomie innerhalb Kroatiens vorzuziehen, lässt sich mit rationalistischen Annahmen gut vereinbaren. Womöglich haben viele Serben dieser Autonomie sogar den Zusammenbruch der ausgerufenen Republik und das Leben im Exil vorgezogen, ganz im Sinne der rhetorischen Frage von Martić, ob ein Leben unter kroatischer Herrschaft überhaupt ein Leben wäre (RSK Narodna Skupština 1995: 69–70).

---

49 Croatian Bureau of Statistics 2011: Census of Population, Households and Dwellings 2011, population by ethnicity, by towns/municipalities, [http://www.dzs.hr/Eng/censuses/census2011/results/xls/Grad\\_02\\_EN.xls](http://www.dzs.hr/Eng/censuses/census2011/results/xls/Grad_02_EN.xls).

50 Andere nationale Minderheiten mit einem Anteil von jeweils weniger als 1,5%, darunter Ungarn und Italiener, erhalten zusammen fünf Sitze.

51 <http://www.icty.org/cases/party/733/4>.

52 <http://www.icty.org/cases/party/663/4>.

Man mag zweifeln, dass eine Mehrheit der Serben in der Krajina diese Präferenz teilte. So sprach Babić anlässlich der *Operation Sturm* von der größten Tragödie in der Geschichte der Serben in der Krajina und erklärte, er werde sich niemals mit einer Krajina ohne Serben abfinden (Izjava Milana Babića 1995: 345–346). Gegen das Vorliegen der genannten Präferenz spricht auch, dass bedeutende Teile der serbischen Führung zuletzt doch über Autonomie verhandeln wollte. Setzt man sich über diese Einwände hinweg und geht von einer handlungsleitenden Maxime aus wie „lieber den Krieg verlieren und ins Exil gehen als Autonomie innerhalb Kroatiens“, beweist das immer noch kein nicht rationales Handeln. Von nicht rationalem Agieren der aufständischen Serben rede ich daher nicht wegen des verlorenen Krieges oder ihrer politischen Präferenzen. Den Ausschlag gibt, dass sie weder Für und Wider des eingeschlagenen Kurses noch Stärken und Schwächen alternativer Optionen erörterten, dass sie neue Informationen nicht dafür nutzten, um ihre Politik zu überprüfen, und dass sie Schritte unternahmen, die den eigenen Einsichten und Zielen widersprachen. Doch zunächst zu den Geschehnissen, die zu rationalistischen Erklärungen passen.

Die Konflikte innerhalb der Republika Srpska Krajina warfen die Frage auf, welchen Unterhändler die Vermittler wie auch die kroatische Regierung für glaubwürdig und durchsetzungsfähig halten würden. Das Verpflichtungsproblem zeigte sich in den Worten Martićs an die Vermittler Bildt und Stoltenberg, die Regierung Kroatiens werde sich an kein Abkommen halten. Im gleichen Gespräch drohte Martić, im Fall eines Angriffs der kroatischen Regierung werde ganz Kroatien brennen. Hier fragt sich, ob es sich um ein starkes Beispiel für eine verzerrte Information handelt, die Verhandlungen zum Scheitern bringt. Auch wenn es sich um keine direkte Kommunikation mit dem Feind handelte, lässt sich das Gespräch Martićs mit den Vermittlern als Teil eines Aushandlungsprozesses auffassen. Falls sich Martić nicht rein impulsiv äußerte, wollte er mit der übertriebenen Darstellung seiner militärischen Macht abschrecken und auf die geforderten Vorleistungen für direkte Verhandlungen drängen. Soweit passt das Geschehen zu den Überlegungen von Fearon (1995: 395–398). Allerdings kann ich seinem Aufsatz nicht entnehmen, wie genau eine solche Übertreibung zum Krieg führt. Fällt der Gegner auf sie herein, schraubt er seine Forderungen zurück, was Verhandlungen und deren Erfolg fördern sollte. Das geschah im untersuchten Fall eben nicht. Sieht der Feind die Übertreibung als leere Drohung, bleibt er bei seiner Position oder radikalisiert sie sogar. Das aber führt nicht zwangsläufig zum Krieg. Die erste Seite kann das Misslingen ihres Bluffs erkennen und entsprechend kompromisswilliger auftreten, um den Krieg zu vermeiden, sofern dafür noch Zeit bleibt. Setzt sie hingegen weiterhin auf den erhofften Effekt der Übertreibung, bleibt sie unnachgiebig und der Aushandlungsprozess scheitert. Das wirft die Frage auf, weshalb sie das Fehlschlagen ihres Bluffs ignoriert. Hier scheint mir Fearons Argumentation lückenhaft.

Die genannten Punkte reichen nicht, um den Eindruck einer nicht rationalen Politik der rebellierenden Serben zu relativieren. Noch vor der *Operation Blitz* rechtfertigte Martić die Politik, weiterhin nicht in Statusverhandlungen einzutreten, mit Verweis auf die erbrachten Opfer. Damit gab er ein gutes Beispiel dafür, wie versunkene Kosten die Abkehr von einer zuvor erfolglosen Politik verhindern. Zwar war damals der baldige Untergang der Republika Srpska Krajina noch nicht besiegelt, allerdings sah deren Führung eine schwere Krise der ausgerufenen Republik, die trotz aller Mühen nie internationale Anerkennung erlangte.

Selbst nach der *Operation Blitz* und der dadurch demonstrierten militärischen Überlegenheit der kroatischen Seite strebte die Führung der Republika Srpska Krajina bis Ende Juli keine ausgehandelte Regelung an. Die Genfer Verhandlungen scheiterten nicht an vorenthaltenen und verzerrten Informationen. Die kroatische Delegation verlangte die Kapitulation der Republika Srpska Krajina, und allen Beteiligten musste angesichts der unübersehbaren Vorbereitungen der *Operation Sturm* klar gewesen sein, was hinter den angedrohten „anderen Mitteln“ steckte. Die Ereignisse in West-Slawonien und der Schutzzone Bihać hatten die Schwäche der Streitkräfte der Republika Srpska Krajina offenbart. Können sich Konfliktparteien selbst bei einer so großen, ans Licht gekommenen militärischen Asymmetrie nicht einigen, dann lassen sich nur wenige Konstellationen vorstellen, in denen sie zu konvergenten Erwartungen und somit zu einer verhandelten Regelung kommen. Besteht jedoch das Informationsproblem zwischen potenziellen Kriegsparteien fast immer, so kann es allein nicht erklären, warum nur in einem Teil der Fälle ein Krieg ausbricht.<sup>53</sup>

Dass die aufständischen Serben Vor- und Nachteile verschiedener Optionen unzureichend diskutieren, zeigte sich bereits in der Parlamentsdebatte nach der verweigerten Entgegennahme des Z-4-Plans. Der Mangel an Abwägungen setzte sich dann fort. Die fehlende Fähigkeit, mögliche Gegenzüge des Gegners einzukalkulieren, fiel nach dem Fall West-Slawoniens besonders auf, als die Republika Srpska Krajina die kroatische Regierung provozierte. Dass ihr Handeln den eigenen Einsichten und Maximen zuwiderlief, blendete die Führung der rebellierenden Serben aus. Sie sah die Schwächen ihrer Streitkräfte, versuchte aber nicht, Zeit zu gewinnen. Sie währte sich in einer doppelten Abhängigkeit von Belgrad und Pale, verprellte aber mit ihrer Vereinigungspolitik Serbien und verschärfte so Konflikte innerhalb der Republika Srpska Krajina. Diese Politik widersprach rationalistischen Grundannahmen.

Handelt es sich beim betrachteten Geschehen um einen Einzelfall, der rationalistische Theorien nicht zu kümmern braucht? Abweichungen von deren Annahmen treten so häufig auf, dass Literaturberichte auf empirische Widerlegungen strikter Theorien rationaler Wahl verweisen.<sup>54</sup> Analysen weiterer Fälle können zeigen, in wie vielen Bürgerkriegen eine Konfliktpartei im großen Maß im Widerspruch zu rationalistischen Annahmen agiert. Im untersuchten Fall deutet wenig darauf, dass ein solches Handeln es besonders leicht hatte. Die Vermittlungsbemühungen waren überdurchschnittlich intensiv und sorgten für vergleichsweise große Chancen, auf das eigene nicht rationale Handeln aufmerksam gemacht zu werden. Auch die Konflikte innerhalb der eigenen Reihen, zum Teil im Parlament und in der Regierung ausgetragen, boten Gelegenheit, die verfolgte Option vor Kritikern zu erklären und zu reflektieren. Was die Weitsicht der Protagonisten angeht, lässt eine Aussage von Galbraith aufhorchen. Vor dem Haager Tribunal bescheinigte er Martić mangelnde Kenntnisse internationaler Politik und Verhandlungen und bezeichnete ihn als „man of very limited abilities, limited intelligence“.<sup>55</sup> Allerdings war die Führung der Republika Srpska Krajina insgesamt nicht unterdurchschnittlich gebildet. Babić etwa hatte als Zahnarzt gearbeitet; Rade Tanjga, Verteidigungsminister in

---

53 Zur Erklärungskraft des Informationsproblems s. auch Reiter 2003: 32 und Reiter 2009: 220–222.

54 Kroneberg/Kalter 2012: 81–82; Mercer 2005: 14, s. auch Kahneman 2011: 374.

55 ICTY 25.4.2006: 3746 und 3789, <http://www.icty.org/x/cases/martic/trans/en/060425IT.htm>.

der Regierung Mikelić, war Professor für Informatik, der Jurist Uroš Funduk war mehrfach Justizminister, der Minister ohne Portfolio Vojislav Stanimirović war promovierter Psychologe. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die formale Bildung der serbischen Protagonisten deutet auf keine außergewöhnliche Neigung zu nicht rationalen Entscheidungen.

Wie Fearon (1995: 409), der Wortführer rationalistischer Theorien für Krieg, zugesteht, seien auch nicht-rationalistische Erklärungen empirisch relevant, wenn auch offen bleibe, in welchem Maß. Die Befunde der Fallstudie werfen aber nicht nur die Frage nach der Reichweite rationalistischer Theorien auf. Die Politik der aufständischen Serben widersprach in weiten Teilen schon den Grundannahmen rationaler Entscheidung. Das nährt Zweifel, ob Studien, die mit sperrigen Formeln oder verzweigten Entscheidungsbäumen den rationalistischen Ansatz auf die Spitze treiben, noch politische Realität abbilden (z.B. Langlois/Langlois 2011; Powell 2006). Das Geschehen in Kroatien im Jahr 1995 stützt die Bedenken von Stephen M. Walt (1999: 17, FN 35), der ausgeklügelten Modellen „heroic assumptions about the ability of actors to perform complex calculations“ bescheinigt. An gleicher Stelle schreibt er:

„[F]ormal modelers are admired because they are able to devise elaborate games and work out increasingly complicated solutions, yet the games themselves are supposed to describe the behavior of ordinary human beings (or collectivities) who have never had a course in game theory and may not even understand simple algebra.“

#### 4.2 ZUM UMGANG MIT NICHT RATIONAL HANDELNDEN KONFLIKTPARTEIEN

Erwies sich das Handeln der rebellierenden Serben als kein Einzelfall, wäre das eine schlechte Nachricht für Bemühungen, von außen auf Konfliktparteien konstruktiv einzuwirken. Versuche, die Kalküle der Konfliktparteien mit guten Diensten und Mediation, mit Anreizen und diplomatischen, wirtschaftlichen oder militärischen Strafen zu beeinflussen, setzen voraus, dass die Beteiligten erwartete Kosten und Nutzen verschiedener Optionen gegeneinander abwägen.

Welche Optionen gibt es für den Umgang mit Konfliktparteien, deren Handeln rationalistischen Annahmen widerspricht? Womöglich können Vermittler auf die in psychologischen Experimenten beobachtete *Illusion of Explanatory Depth* bauen. Nach Bitte, Naturphänomene wie etwa Erdbeben oder das Funktionieren vertrauter Gegenstände wie einer Toilettenspülung Schritt für Schritt zu erklären, geben viele Menschen zu, viel weniger von der Sache zu verstehen als zuvor angenommen (Rozenblit/Keil 2002: 554). Nachdem sie einen Gegenstand der Politik kausal erklären mussten, bescheinigten sie sich geringeren Sachverstand und mäßigen ihre Position zu dieser Frage (Fernbach et al. 2013: 941–942). Im Licht dieser Befunde sollten Vermittler die Konfliktpartei fragen, wie genau sie mit ihrer Politik die eigenen Ziele erreichen will und wie alternative Optionen diese Ziele verfehlen. Im Erfolgsfall erkennt sie, dass sie bislang gar nicht oder zu wenig Handlungsoptionen gegeneinander abgewogen hat, und zeigt sich, sofern sie ihr Gesicht gewahrt sieht, eher dazu bereit, Vorschläge der Vermittler zu prüfen. Mehrere Punkte mahnen jedoch zur Vorsicht: Die besagten Experimente arbeiteten mit Laien, nicht mit Politikern. Darüber hinaus traten die beschriebenen Effekte nur auf, wenn sich

die Ansichten aus vermuteten Konsequenzen, nicht aber aus Werten speisten. Des Weiteren verübelten viele Versuchspersonen den Forschern das Erschüttern der eigenen Illusionen (Sloman/Fernbach 2017: 184, 192). Zudem fehlen mir im betrachteten Fall genaue Verlaufsprotokolle der Gespräche zwischen den Vermittlern und der Führung der Republika Srpska Krajina. Ich kann daher nicht ausschließen, dass die Vermittler das skizzierte Vorgehen vergeblich versucht haben.

Als anderer Ansatz bietet sich an, den Konfliktparteien im Licht bekannter Muster nicht rationaler Entscheidungen einen Verhandlungsprozess oder Regelungsentwurf schmackhaft zu machen. Experimente zeigen, dass die meisten Menschen die vorsichtigeren Option wählen, wenn sie Gewinne für sehr wahrscheinlich halten, jedoch im Fall von hochwahrscheinlichen Verlusten risikofreudig agieren (Kahneman 2011: 317). Vermittler müssten erheben, ob sich die Konfliktparteien im Bereich von wahrscheinlichen Gewinnen oder Verlusten sehen und ihnen die Mitwirkung am Friedensprozess dann als sichere bzw. gewagte Option präsentieren. Im Experiment lassen sich Gewinne, Verluste und deren Eintrittswahrscheinlichkeiten leicht von außen setzen und die Entscheidungsoptionen reduzieren. In realen Konflikten sieht das anders aus. Wie Jonathan Mercer (2005: 4–16) politikwissenschaftliche Anwendungen der *prospect theory* bilanziert, falle es schwer, empirisch zu bestimmen, ob sich ein Akteur im Bereich der Verluste oder Gewinne sieht und was er als risikofreudige Option auffasst. Auch im betrachteten Fall drängen sich die Zuordnungen keineswegs auf. Nach dem Auseinanderfallen Jugoslawiens sahen sich viele Serben im Verlustbereich. Doch umgekehrt konnten sie die Existenz der Republika Srpska Krajina als beträchtlichen Gewinn verbuchen. War es risikofreudig, lange Zeit Verhandlungen über den Z-4-Plan zu verweigern, oder hielten die aufständischen Serben diese Politik für die risikoscheue Option? Insgesamt stellen sich erhebliche Probleme dabei, die Einsichten der *prospect theory* für die Praxis der Konfliktregelung zu nutzen.

Was bleibt, wenn sich eine Konfliktpartei dem Abwägen von Alternativen und dem Versuch der Vermittlung versperrt? Eine erste Option ist die Kapitulation vor dem Konfliktgeschehen, also der Verzicht darauf, von außen auf den Konflikt einzuwirken. Die zweite Option besteht darin, den nicht zu regelnden Konflikt einzukapseln, um benachbarte Regionen vor Ansteckung zu schützen. Als dritte Option bietet sich an, die betroffene Konfliktpartei niederzuringen. Je nach Auswirkungen des Konflikts und Macht der Konfliktpartei kann sich jede dieser Optionen als riskant und kostenreich erweisen.

Insgesamt zeigt der Report damit zwei Arten von Grenzen auf: zum einen die Grenzen rationalistischer Erklärungen für Krieg, zum anderen die Grenzen von Versuchen, von außen auf einen Konflikt konstruktiv einzuwirken, wenn eine der beteiligten Parteien gegen rationalistische Annahmen handelt. Doch gerade weil bei nicht rational agierenden Konfliktparteien die Aussichten auf Beiträge Dritter zur Konfliktregelung noch schlechter sind als ohnehin, warne ich davor, auf die sorgfältige Analyse eines Konflikts zu verzichten und gleich von Akteuren auszugehen, die nicht rational handeln.

- (Die Zugriffe auf die Websites erfolgten zwischen März und September 2018.)
- Ahrens, Geert-Hinrich 2007: *Diplomacy on the Edge. Containment of Ethnic Conflict and the Minorities Working Group of the Conferences on Yugoslavia*, Washington, DC, und Baltimore, MD.
- Arkes, Hal R./Blumer, Catherine 1985: *The Psychology of Sunk Cost*, in: *Organizational Behaviour and Human Decision Processes*, 35, 124–140.
- Barić, Nikica 2008: *The Rise and Fall of the Republic of Serb Krajina (1990–1995)*, in: Ramet, Sabrina P./Clewing, Konrad/Lukić, Reneo (Hrsg.): *Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations*, München, 89–105.
- Basic Agreement on the Region of Eastern Slavonia, Baranja, and Western Sirmium* 1995, <http://www.ucpd.uu.se/gpdatabase/peace/Cro%2019951112.pdf>.
- Bildt, Carl 1998: *Peace Journey. The Struggle for Peace in Bosnia*, London.
- Bilješke sa sastanka predsjednika RSK Milan Martića, Thorvalda Stoltenberga i Carla Bildta* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: *Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.)*, Zagreb und Slavonski Brod, 276–279.
- Blainey, Geoffrey 1973: *The Causes of War*, New York, NY.
- Blattman, Christopher/Miguel, Edward 2010: *Civil War*, in: *Journal of Economic Literature*, 48: 1: 3–57.
- Burg, Steven L./Shoup, Paul S. 1999: *The War in Bosnia-Herzegovina. Ethnic Conflict and International Intervention*, Armonk und London.
- Bussmann, Margit 2017: *Bargaining Models of War and the Stability of Peace in Post-Conflict Societies*, Oxford Research Encyclopedia of Politics, DOI: 10.1093/acrefore/9780190228637.013.562.
- Calic, Marie-Janine 1996: *Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina. Erweiterte Neuauflage*, Frankfurt am Main.
- Calic, Marie-Janine 2010: *Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert*, München.
- Caspersen, Nina 2010: *Contested Nationalism. Serb Elite Rivalry in Croatia and Bosnia in the 1990s*, New York, NY, und Oxford.
- Central Intelligence Agency* 2002: *Balkan Battlegrounds: A Military History of the Yugoslav Conflict, 1990–1995, Volume 1*, Washington, DC.
- Coleman, James S./Fararo, Thomas J. (Hrsg.) 1992: *Rational Choice Theory, Advocacy and Critique*, London et al.
- Croatian Parliament* 2002: *Constitutional National Minority Rights Act*, <http://www.sabor.hr/Default.aspx?art=2448>.
- Deklaracija o oživotvorenju Sporazuma iz Washingtona, zajedničkoj obrani od srpske agresije i postizanju političkog rješenja sukladno naporima međunarodne zajednice* 1995, [https://hr.wikisource.org/wiki/Deklaracija\\_o\\_o%C5%BEivotvorenju\\_Sporazuma\\_iz\\_Washingtona,\\_zajedni%C4%8Dkoj\\_obrani\\_od\\_srpske\\_agresije\\_i\\_postizanju\\_politi%C4%8Dkog\\_rje%C5%A1enja\\_sukladno\\_naporima\\_me%C4%91unarodne\\_zajednice](https://hr.wikisource.org/wiki/Deklaracija_o_o%C5%BEivotvorenju_Sporazuma_iz_Washingtona,_zajedni%C4%8Dkoj_obrani_od_srpske_agresije_i_postizanju_politi%C4%8Dkog_rje%C5%A1enja_sukladno_naporima_me%C4%91unarodne_zajednice).
- Diekmann, Andreas/Voss, Thomas (Hrsg.) 2004: *Rational-Choice-Theorie in den Sozialwissenschaften: Anwendungen und Probleme*, München.



- Dopis Međurepubličke komisije za izradu plana u akata ujedinjena RSK i RS* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 206–212.
- Dopis predsjednika Skupštine RSK predsjedniku RSK Milanu Martiću* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 219.
- Draft Agreement on the Krajina, Slavonia, Southern Baranja and Western Sirmium* 1995, <http://www.liv.ac.uk/library/sca/owen/boda/sp10a.pdf>, <http://www.liv.ac.uk/library/sca/owen/boda/sp10b.pdf>.
- Duffy, Gavan/Lindstrom. Nicole* 2002: *Conflicting Identities: Solidary Incentives in the Serbo-Croatian War*, in: *Journal of Peace Research*, 39: 1, 69–90.
- Ekwall-Uebelhart, Barbara* 1996: *Disarmament Operations in Croatia*, in: UNIDIR-Disarmament and Conflict Resolution Project: *Managing Arms in Peace Processes: Croatia and Bosnia-Herzegovina*, New York, NY, und Genf, 23–53.
- Elster, Jon (Hrsg.)* 1986: *Rational Choice*, Oxford, NY.
- Fearon, James D.* 1995: *Rationalist Explanations for War*, in: *International Organization*, 49: 3, 379–414.
- Fernbach, Philip M./Rogers, Todd/Fox, Craig R./Sloman, Steven A.* 2013: *Political Extremism Is Supported by an Illusion of Understanding*, in: *Psychological Science*, 24: 6, 939–946.
- Ghosn, Faten* 2010: *Getting to the Table and Getting to Yes: An Analysis of International Negotiations*, in: *International Studies Quarterly*, 54, 1055–1072.
- Glenny, Misha* 1996: *The Fall of Yugoslavia. The Third Balkan War*, 3. Auflage, London u.a.
- Govor predsjednika RSK Milana Martića na Skupštini RSK* 1995a, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod (Mirtalis), 38–48.
- Govor predsjednika RSK Milan Martića na Vidovdanskoj smotri SVK* 1995b, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije „Republike Srpske Krajine“ (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 195–197.
- Green, Donald P./Shapiro, Ian* 1994: *Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science*, New Haven, CT, et al.
- Gromes, Thorsten* 2014: *Die Nachkriegsordnungen in Südosteuropa im regionalen und weltweiten Vergleich*, HSFK-Report 4/2014, Frankfurt am Main.
- Gulić, Milan N.* 2017: *Poslednji dani Krajine – Republika Srpska Krajine između Bljeska i Oluje*, in: *Vojno Delo*, 2017: 2, 436–466, [http://www.odbrana.mod.gov.rs/odbrana-stari/vojni\\_casopisi/arhiva/VD\\_2017-2/69-2017-2-30-Gulic.pdf](http://www.odbrana.mod.gov.rs/odbrana-stari/vojni_casopisi/arhiva/VD_2017-2/69-2017-2-30-Gulic.pdf).
- Hartzell, Caroline A.* 2017: *Bargaining Theory, Civil War Outcomes, and War Recurrence: Assessing the Results of Empirical Tests of the Theory*. *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, DOI: 10.1093/acrefore/9780190228637.013.569.

- ICTY 2007: Pre-Trial Brief of General Ante Gotovina. Public version, IT-06-90-PT, <http://www.icty.org/x/cases/gotovina/custom3/en/got-ptb.pdf>.
- Izjava Milana Babića 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 3451346.
- Izvanredno operativno izvješće Glavno štaba SVK 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije “Republike Srpske Krajine” (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 150–154.
- Izvješće Državne komisije za utvrđivanje uzroka i načina pada Zapadne Slavonije 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 280–295.
- Izvješće Resora državne bezbednosti RSK 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 306–307.
- Izvješće zapovjednika SVK Mile Mrkšića 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije “Republike Srpske Krajine” (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 105–109.
- Janis, Irving L. 1972: *Victims of Groupthink. A Psychological Study of Foreign-policy Decisions and Fiascoes*, Boston, MA, et al.
- Kahneman, Daniel 2011: *Thinking, Fast and Slow*, New York, NY.
- Kaplow, Jeffrey M. 2016: The Negotiation Calculus: Why Parties to Civil Conflict Refuse to Talk, in: *International Studies Quarterly*, 60, 38–46.
- Kolstø, Pål//Pauković, Davor 2014: The Short and Brutish Life of Republika Srpska Krajina: Failure of a De Facto State, in: *Ethnopolitics*, 13: 4, 309–327.
- Krcmaric, Daniel 2018: Leaders, Exile, and the Dilemmas of International Justice, <http://politicalviolenceataglance.org/2018/04/19/leaders-exile-and-the-dilemmas-of-international-justice/>.
- Kroneberg, Clemens/Kalter, Frank 2012: Rational Choice Theory and Empirical Research: Methodological and Theoretical Contributions in Europe, in: *Annual Review of Sociology*, 38, 73–92.
- Marijan, Davor 2010: *Storm*, Zagreb.
- Melčić, Dunja (Hrsg.) 1999: *Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*, Opladen und Wiesbaden.
- Mercer, Jonathan 2005: Prospect Theory and Political Science, in: *Annual Review of Political Science*, 8, 1–21.
- Langlois, Jean-Pierre P./Langlois, Catherine C. 2011: Does the Principle of Convergence Really Hold? War, Uncertainty and the Failure of Bargaining, in: *British Journal of Political Science*, 42: 3, 511–536.
- Nation, R. Craig 2003: *War in the Balkans, 1991–2002*, Carlisle, PA.

- Odluka Skupštine RSK* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 218.
- Odluka Vrhovnog savjeta odbrane RSK o proglašenju ratnog stanja na teritoriju RSK* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije "Republike Srpske Krajine" (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 282–283.
- Pismo zapovjednika GŠ SVK* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije "Republike Srpske Krajine" (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 275.
- Powell, Robert* 2006: War as a Commitment Problem, in: International Organization, 60: 1, 169–203.
- Prijepis magnetofonske snimke 3. sjednice 1. redovnog zasjedanje Skupštine RSK* 1995, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 48–190.
- Ramet, Sabrina P.* 2006: The Three Yugoslavia. State-Building and Legitimation, 1918–2005, Washington, DC, und Bloomington, IN.
- Ramet, Sabrina P./Clewing, Konrad/Lukić, Reneo* (Hrsg.) 2008: Croatia since Independence. War, Politics, Society, Foreign Relations, München.
- Reiter, Dan* 2003: Exploring the Bargaining Model of War, in: Perspectives on Politics, 1: 1, 27–43.
- Reiter, Dan* 2009: How Wars End, Princeton, NJ, and Oxford. Republic of Croatia – Central Bureau of Statistics 2009: Statistical Yearbook 2009, [http://www.dzs.hr/Hrv\\_Eng/ljetopis/2009/PDF/05-bind.pdf](http://www.dzs.hr/Hrv_Eng/ljetopis/2009/PDF/05-bind.pdf).
- Republic of Croatia – Central Bureau of Statistics* 2009: Statistical Yearbook 2009, [www.dzs.hr/Hrv\\_Eng/ljetopis/2009/PDF/05-bind.pdf](http://www.dzs.hr/Hrv_Eng/ljetopis/2009/PDF/05-bind.pdf).
- Rose, James D.* 2011: Diverse Perspectives on the Groupthink Theory – A Literary Review, in: Emerging Leadership Journeys, 4: 1, 37–57.
- Rozenblit, Leonid/Keil, Frank* 2002: The Misunderstood Limits of Folk Science: An Illusion of Explanatory Depth, in: Cognitive Science, 26, 521–562.
- RSK Civil Defense Headquarters* 1995: Assessment of Threat and Protection and Rescue Possibilities, in: Davor Marijan 2010: Storm, Zagreb, 295–307.
- RSK Narodna Skupština* 1995: Magnetofonski snimak sa Prve vanredne Skupštine Republike Srpske Krajine održane 8. februara 1995. godine u Kninu, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2014: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (siječanj – travanj 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 61–133.
- Silber, Laura/Little, Allan* 1997: Yugoslavia. Death of a Nation, überarbeitete und aktualisierte Auflage, New York, NY, et al.
- Sloman, Steven/Fernbach, Philip* 2017: The Knowledge Illusion. The Myth of Individual Thought and the Power of Collective Wisdom, London.
- Tanner, Marcus* 1997: Croatia. A Nation Forged in War, New Haven, CT, und London.

- UN General Assembly/UN Security Council* 1995: Letter dated 12 January 1995 from the Permanent Representative of Croatia to the United Nations addressed to the Secretary-General, A/50/64, S/1995/28, [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/1995/28](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1995/28).
- UN Secretary-General* 1991: Report of the Secretary-General Pursuant to Security Council Resolution 721 (1991), S/23280, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N91/487/33/PDF/N9148733.pdf?OpenElement>.
- UN Secretary-General* 1995: Report of the Secretary-General Pursuant to Paragraph 4 of Security Council Resolution 947 (1994), S/1995/222, [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/1995/222](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1995/222).
- UN Security Council* 1992: *Resolution 743* 1992, [www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/743%281992%29](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/743%281992%29).
- UN Security Council* 1994a: Letter Dated 30 March 1994 from the Secretary-General Addressed to the President of the Security Council, S/1994/367, [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/1994/367](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1994/367).
- UN Security Council* 1994b: Letter Dated 2 December 1994 from the Secretary-General Addressed to the President of the Security Council, S/1994/1375, [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/1994/1375](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/1994/1375).
- UN Security Council* 1995a: Resolution 981 (1995), [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/981%20%281995%29](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/981%20%281995%29).
- UN Security Council* 1995b: Statement by the President of the Security Council, S/PRST/1995/26, [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/PRST/1995/26](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PRST/1995/26).
- UN Security Council* 1995c: Resolution 994 (1995), [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=S/RES/994\(1995\)](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/RES/994(1995)).
- Ustav Republike Srpske Krajine* 1991, [http://sr.wikisource.org/wiki/Устав\\_Републике\\_Српске\\_Крајине](http://sr.wikisource.org/wiki/Устав_Републике_Српске_Крајине).
- Walt, Stephen M. 1999: Rigor or Rigor Mortis? Rational Choice and Security Studies, in: *International Security*, 23: 4, 5–48.
- Walter, Barbara F. 2002: *Committing to Peace. The Successful Settlement of Civil Wars*, Princeton, NJ, und Oxford.
- Woodward, Susan L. 1995: *Balkan Tragedy. Chaos and Dissolution After the Cold War*, Washington, DC.
- Zakon o Vladi Republike Srpske Krajine* 1992, in: Pauković, Davor (Hrsg.) 2005: *Usporičavanje „Republike Srpske Krajine“*, Zagreb, 145–150.
- Zapisnik 25. sjednice Vlade Republike Srpske Krajine* 1992, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest – Podružnica za povijest Slavonije, Baranja i Srijema 2009: *Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (srpanj–prosinac 1992.)*, Zagreb und Slavonski Brod, 69–97.
- Zapisnik sa sastanka predsjednika RSK Milan Martića s članovima smijenjene Vlade RSK* 1995a, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015:

Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 242–249.

*Zapisnik sa sastanka predsjednika RSK Milan Martića s predsjednicima klubova političkih stranaka u Skupštini RSK o izboru mandataru nove Vlade RSK 1995b*, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2015: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (svibanj–kolovoz 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 264–271.

*Zapisnik sa izvanredne sjednice Vlade RSK 1995*, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata/Hrvatski institut za povijest 2014: Dokumenti institucija pobunjenih Srba u Republici Hrvatskoj (siječanj – travanj 1995.), Zagreb und Slavonski Brod, 312–314.

*Zapovijed Mile Mrkšića 1995*, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije “Republike Srpske Krajine” (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 91–92.

*Zapovijed predsjednika RSK Milana Martića za osnivanje „Oslobodilačke vojske RSK” 1995*, in: Hrvatski memorijalno-dokumentacijski centar Domovinskog rata 2015: Dokumenti vojne provenijencije “Republike Srpske Krajine” (svibanj–listopad 1995.), Zagreb, 408.



## PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Andreas Armbrorst/Janusz Biene/Marc Coester/Frank Greuel/Björn Milbradt/Inga Nehlsen (2018): Evaluation in der Extremismusprävention: Ansätze und Kontroversen, PRIF Report 11/2018, Frankfurt/M.



[www.hsfk.de/PRIF-Reports](http://www.hsfk.de/PRIF-Reports)  
[www.hsfk.de/HSFK-Reports](http://www.hsfk.de/HSFK-Reports)

## PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Gromes Thorsten (2018): Bosnien und Herzegowina. Der Wahlkampf spiegelt ein gespaltenes Land, PRIF Spotlight 11/2018, Frankfurt/M.

Richter, Solveig/Wolff, Jonas (2018): Colombia Under the Duque Government. Policy options to strengthen the peace process, PRIF Spotlight 10/2018, Frankfurt/M.



[www.hsfk.de/PRIF-Spotlights](http://www.hsfk.de/PRIF-Spotlights)

## PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.



<https://blog.prif.org/>

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de) heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: [publikationen@hsfk.de](mailto:publikationen@hsfk.de).

[www.facebook.com/HSFK.PRIF](https://www.facebook.com/HSFK.PRIF)

[www.twitter.com/HSFK\\_PRIF](https://www.twitter.com/HSFK_PRIF)

<https://blog.prif.org/>

THORSTEN GROMES //

**GRENZEN RATIONALISTISCHER  
ERKLÄRUNGEN FÜR KRIEG.  
DER KOLLAPS DES WAFFENSTILL-  
STANDS IN KROATIEN 1995**

Rationalistische Theorien liefern wichtige Erkenntnisse darüber, wieso Kriege ausbrechen, fort dauern und enden. Doch erklären sie nicht jegliches Kriegsgeschehen. Dies zeigt der Report am Beispiel des Friedensprozesses in Kroatien, der im Jahr 1995 zusammenbrach. Lange weigerte sich die serbische Seite, nach einem Waffenstillstand über einen Friedensplan zu verhandeln. Thorsten Gromes analysiert Dokumente der proklamierten, international nie anerkannten Republika Srpska Krajina sowie Aussagen vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien. Wie er zeigt, widersprach die serbische Politik in großen Teilen rationalistischen Grundannahmen. Damit stehen auch die Erfolgsaussichten von Strategien der Konfliktregelung infrage, die solche Annahmen voraussetzen.

Dr. Thorsten Gromes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSFK und forscht zu Nachbürgerkriegsgesellschaften und sogenannten humanitären militärischen Interventionen.